

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photos: © Daniela Kayser/WCC

Die Zehnte Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen beginnt Ende Oktober in Busan/Südkorea. Vorbereitungen zur Teilnahme wurden auch von Jugenddelegierten getroffen, hier mit Zentralausschussmitglied Christina Biere bei einer Tagung in Hofgeismar.

Brasilien: OeRK-Dokumente zu Menschenrechtsverletzungen nun online

Eine neue Webseite dokumentiert die Menschenrechtsverletzungen in Brasilien in den 1970er und 1980er Jahren. Ein Teil der Unterlagen stammt aus den Archiven des Oekumenischen Rates in Genf. Die neue Internetseite über „Brasil: Nunca Mais“ („Nunca mais“ bedeutet: „Nie wieder“) veröffentlicht über 900.000 Seiten mit Akten über Menschenrechtsverletzungen der ehemaligen Militärdiktatur in Brasilien. Es ist ein Nachfolgeprojekt des „Brasil: Nunca Mais Project“, das der OeRK in den 1980er Jahren unterstützte, wie der Rat am 12. August mitteilte. Die Dokumente und Mikrofilme wurden bis 2011 vom Oekumenischen Rat in Genf und dem Center of Reserach Libraries in Chicago archiviert, die Akten waren im Geheimen zusammengetragen worden. In den Akten des Obersten brasilianischen Gerichts fehlen sie zumeist. Der Generalsekretär des Rates, Olav Fykse Tveit, hatte 2011 die Dokumente aus Genf nach Brasilien gebracht.

Offiziell online gestellt wurde die Website mit einem Klick von Sonia Wright, der Tochter von Pfr. Jaime Wright, eines presbyterianischen Geistlichen in Brasilien, der die Unterlagen aus der Zeit der Militärregierung über

Folter aufbewahrt hatte. Die Online-Stellung der Website markiert eine neue Epoche in der Suche Brasiliens nach Versöhnung nach den harten Zeiten, die hinter dem Land liegen. Dank galt dem früheren Generalsekretär des OeRK, Dr. Philip Potter und dem OeRK-Mitarbeiter, Pfr. Charles Harper, für ihre Unterstützung bei der Sammlung und Rettung der Dokumente. Odilo Kardinal Scherer, der Erzbischof von São Paulo stellte bei der Gelegenheit die Frage, was wohl sein Vorgänger, Kardinal Arns und was Pfr. Jaime Wright an diesem Tage gesagt haben würden: „Ich bin sicher, sie hätten uns sehr eindrücklich zu verstehen gegeben: Nie wieder!“

Weitere Informationen: <http://bnmdigital.mpf.mp.br>

Lutherischer Weltbund: 2017 in Windhuk

Der Rat des Lutherischen Weltbundes (LWB) hat sich auf seiner Tagung 2013 für Windhuk (Namibia) als Ort der Zwölften LWB-Vollversammlung entschieden. Sie soll im Jahr des Reformationsjubiläums 2017 stattfinden. Der Ausschuss für Weltdienst informierte den Rat, dass über eine Million Menschen in Angola und Namibia derzeit von der schwersten Dürre der letzten drei Jahrzehnte heimgesucht werden und keinen Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln und Wasser haben.

AUS DEM INHALT

**Gerechtigkeit und Frieden:
Rolle der Religion**

**UNO:
Atomare Abrüstung**

**Sierra Leone:
Landgroßeinkauf verschärft Armut
und Hunger**

**Israel:
Friedensbewegung boykottiert
Siedlungen**

**Menschenrechte:
Garantien von Weltbank verlangt**

**Karibik:
Entschädigung für Sklaverei**

**Menschenrecht auf Wasser:
Fürsprache der Kirchen nötig**

Dokumentation

**Zusammenfassungen:
„Ein ökumenischer Aufruf zum
gerechten Frieden“**

**„Mission und Evangelisation in
sich wandelnden Kontexten“**

**„Die Kirche auf dem Weg zu
einer gemeinsamen Vision“**

**„Gottes Ruf zur Einheit und unsere
Verpflichtung“**

Aus Netzen und Bewegungen

**Berlin:
Konziliarer Prozess zusammen mit
Agenda 21 vor Ort**

**Nord- und Osthessen:
„Bitte keine Beschaffung von
Kampfdrohnen für die Bundeswehr!“**

**Kairos Europa:
Religionen und Geld**

**Pax Christi:
Atomwaffen weltweit ächten**



Photos: © Marcelo Schneider/WCC

Die Brasilianerin Guiomar Lopes berichtete bei der Eröffnungsveranstaltung der Website „Brasil: Nunca Mais@Digital“ (vgl. S.1) über die Folter, die sie während der Militärdiktatur erlitt. Ihre Geschichte wird in dem gleichnamigen Buch wiedergegeben.

Der Rat rief die Mitgliedskirchen dringend auf, die von den LWB-Kirchen in Namibia und dem Weltdienst sowie dem ACT-Forum und der Evangelisch-Lutherischen Kirche Angolas geplanten gemeinsamen Hilfsmassnahmen im Gebet und mit finanziellen Beiträgen zu unterstützen.

Auf der Grundlage des Berichts des Sonderausschusses zum Reformationsjubiläum 2017 empfahl der Rat einen in Ungarn konzipierten Zeichentrickfilm über Luther der gesamten Kirchengemeinschaft als Projekt.

Der Rat bewilligte den LWB-Gesamthaushalt für 2014 mit Gesamtausgaben in Höhe von EUR 87.676.868,- Schließlich beschloss der Rat, zu seiner nächsten Tagung vom **12. bis 17. Juni 2014** in Medan (Indonesien) zusammenzutreten.

Weltjugendtag: Stimme gegen die Gewalt

Mehr als eine Million Jugendlicher aus aller Welt versammelten sich vom 23.-28. Juli in Brasilien zum katholischen Weltjugendtag unter dem Motto: „Darum geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern“ (Mt 28,19). Auch der in diesem Jahr neu gewählte Bischof von Rom, Franziskus, besuchte das Treffen und damit zum ersten Mal seit seiner Wahl wieder seinen Heimatkontinent. Eingebunden hatte der WJT das Ökumenische Jugendnetzwerk (Ecumenical Youth Network REJU) Brasiliens, um zusammen mit anderen Gruppen Räume für Dialog über Fragen zu schaffen, die die Jugend heute bedrängen. REJU ist Mitglied des brasilianische Forums der ACT Alliance, einem ökumenischen Partner des Weltkirchenrates. REJU arbeitet besonders mit jungen Menschen, um ethnische, rassische oder religiöse Intoleranz zu beenden

und soziale und ökologische Gerechtigkeit zu erreichen; dabei werden besonders die Mittel von Kunst und Theater eingesetzt. Als offizieller Programmteil auf dem WJT stand für das REJU und seine Partner das Thema „Youth Wants to Live – Jugend will leben“ im Vordergrund, zu dem es in der Pfarrei St. Bernadette in Rio ein eigenes Zentrum gab. Das Zelt der Jugend war ein Ort der Begegnung, mit Ausstellungen, Feiern, Vorstellungen, Dialogen und zahlreichen anderen gemeinsamen Aktivitäten. Von Fragen des Menschenhandels bis zu den ökologischen Herausforderungen, der Wirtschaftskrise, den Rechten der Jugend bis zur Frage der Evangelisierung Lateinamerikas reichte das Spektrum der unterschiedlichen Gruppen, die zum WJT gekommen waren.

Abrüstung: Waffenhandelsvertrag

Am 2. April 2013 hat die Vollversammlung der Vereinten Nation mit 155 Stimmen den Vertrag über die Regulierung von Waffenhandel (ATT – Arms Trade Treaty) angenommen. Als einzige Staaten votierten Iran, Nordkorea und Syrien mit Nein. Russland, China und 21 weitere Staaten enthielten sich der Stimme. Damit werden erstmals international verbindliche Regeln und gemeinsame Mindeststandards für den Export von Rüstungsgütern festgelegt. Der Vertrag erstreckt sich auf Panzer, bewaffnete Fahrzeuge, schwere Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Kriegsschiffe, Raketen und Raketenwerfer sowie auf kleine und leichte Waffen. Vor einem Export müssen Lieferstaaten prüfen, ob mit den Waffen Menschenrechte bzw. das humanitäre Völkerrecht ernsthaft verletzt werden können. Bisher gab es keine international gültigen Standards für den Handel mit konventionellen Rüstungsgütern, was zur Folge hatte, dass insbesondere so genannte kleine und leichte Waffen unkontrolliert weiterverbreitet wurden und damit zur Eskalation von Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Der Weltkirchenrat hat den UNO-Vertrag zur Regulierung des globalen Waffenhandels als einen „Meilenstein“ begrüßt. Das längst überfällige Abkommen bedeute, dass das Leben von bedrohten Menschen in vielen Teilen der Welt möglicherweise sicherer wird, erklärte Olav Fykse Tveit für den OeRK. Kirchen und Christen in allen Regionen litten unter bewaffneter Gewalt, fügte er hinzu. Er würdigte die Anstrengungen von Kirchen und christlichen Organisationen in mehr als 40 Ländern, die die vom OeRK geführte Kampagne für einen kontrollierten Waffenhandel unterstützt haben. Man werde weiter beten für die Menschen in den Krisengebieten auf der Welt, die von Gewalt und Ungerechtigkeit heimgesucht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag, zusammen mit 60 weiteren Ländern am 6. Juni – dem frühestmöglichen Datum

für eine Unterzeichnung, unterschrieben. Er muss jetzt noch von Bundesrat und Bundestag ratifiziert werden. In Kraft tritt er, wenn dieses Verfahren von mindestens 50 Staaten abgeschlossen wurde und die entsprechenden Urkunden bei den Vereinten Nationen hinterlegt worden sind.

Gerechtigkeit und Frieden: Rolle der Religion

Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des OeRK, hat auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Genf Anfang Juni über die Rolle der Religion bei der Suche nach Gerechtigkeit und Frieden gesprochen. Die Konferenz, zu der der Generaldirektor der Vereinten Nationen Kassym-Jomart Tokayev in das Palais des Nations eingeladen hatte, widmete sich der Suche nach einem neuen Paradigma, einem Rahmen, in dem die Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen Partnern auf den Gebieten der Weltwirtschaft, der Ökologie, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, dem Sicherheitssektor und der Regierungsführung zusammenarbeiten sollen. Fykse Tveit forderte zu einer „offenen, aufrichtigen, kritischen und konstruktiven Reflexion unserer Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden in unserem Zusammenleben in der Welt“ auf. Dabei gehe es um mehr als um die Frage des Missbrauchs der Religion. Es müsse auch darum gehen, selbstkritisch zu schauen, „was wir als Religionen lehren und wofür wir heute stehen“. Tradition und Religion befinden sich immer in einer spannungsreichen Beziehung. Religion werde oft dazu gebraucht, Ungerechtigkeit und Gewalt zu rechtfertigen. Aber, so fuhr Tveit fort, „es gibt für niemanden irgendeine Autorisierung, Böses im Namen der Religion zu tun.“ Die Religionen seien nach ihrem eigenen Verständnis immer unmittelbar einer „letzten Verantwortung“ für ihr Handeln ausgesetzt. „Ich glaube – und ich habe das mit meinen eigenen Augen gesehen, dass religiöser Glaube und das Handeln, das daraus folgt, die stärksten und machtvollsten Beiträge für Versöhnung und für wirtschaftliche Gerechtigkeit zu leisten imstande sind,“ so Tveit. Dabei wies er auch auf die beständige Kooperation von OeRK mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) hin.

Venezuela: Folgen des Bergbaus

Eine Delegation von Ye'kuana und Sanema Indianern ist in die venezolanische Hauptstadt Caracas gereist, um auf die verheerenden Folgen des Bergbaus auf ihr Land aufmerksam zu machen. „Survival International“, eine Organisation, die sich für die Rechte von UreinwohnerInnen weltweit einsetzt, berichtet, dass Goldsucher in das Gebiet der Indianer im Regenwald im Süden

des Landes eindringen, das Wasser verseuchen und den Wald zerstören. „Kuyjani“, die Organisation der Ye'kuana wies darauf hin, welche Bedeutung das Land für ihre Kultur und Existenz sowie für ihre ganze Zukunft habe. Die indianischen Ureinwohner fordern ein vollständiges und sofortiges Verbot der Goldschürfung, des Diamantenabbaus und auch der Suche nach weiteren Mineralien im Gebiet des Caura-Flusses, das ein Schatzhaus an botanischer und sonstiger Vielfalt sei, nicht nur für die dort lebenden Indianer, sondern für ganz Venezuela. Die Regierung müsse, wie es die Verfassung vorschreibe, ihren Anspruch auf das Land schützen.

China: Rechtsreform droht zu scheitern

Sechs Monate nach der Veröffentlichung eines neuen Prozessrechts halten die chinesischen Behörden noch immer Gefangene fest, ohne ihnen Zugang zu einem Anwalt oder ihren Familien zu gewähren, obwohl die neuen Vorschriften, die am 1. Januar in Kraft getreten sind, dies hätten ändern sollen, so Amnesty International (AI). Vage Verdächtigungen wie Gefährdung der Staatssicherheit oder Terrorismus werden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation noch immer dazu gebraucht, um Gefangenen ihre Rechte vorzuenthalten. In einer umfangreichen Stellungnahme hat AI die Situation beschrieben. Auch wenn die neue Gesetzeslage den Gefangenen theoretisch früheren Zugang zu einem Anwalt gewährt oder die Verwendung illegal erworbener Beweise verbiete, hielten sich die Behörden weiterhin nicht daran. Ein Beispiel ist der Fall des Journalisten Du Bin. Du Bin ist Photograph, Schriftsteller und Regisseur des vor kurzem produzierten Dokumentarfilms „Above the Ghosts' Head: The Women of Masanjia Labour Camp“, in dem Folter und andere Misshandlungen in einem Arbeitslager für Frauen aufgedeckt werden. Laut vertrauenswürdigen Quellen von AI haben etwa zehn Sicherheitskräfte in Zivil seine Wohnung am 31. Mai, dem Tag seiner Verhaftung, durchsucht und Bücher, Dokumente, Laptops sowie andere Gegenstände konfisziert. Sein Aufenthaltsort wurde der Familie mehr als zwei Wochen lang nicht bekanntgegeben. Nach Angaben Corinna-Barbara Francis, die für AI die Verhältnisse in China beobachtet, ist die Realität in China bislang noch immer den Beweis schuldig geblieben, dass die neuen Bestimmungen, die eigentlich die Menschenrechtssituation in China verbessern sollen, auch angewendet werden.

Sierra Leone: Landgroßeinkauf verschärft Armut und Hunger

Sierra Leone bietet ein Beispiel für die Folgen von „Landgrabbing“. Investoren kaufen oder pachten dort große Flächen, um Landwirtschaft zu betreiben. Die Erträge gehen

fast nur in den Export – zurück nach Europa, Asien oder Nordamerika. Die Ernährungssicherheit in den jeweiligen Ländern sei gefährdet, warnen die kirchlichen Hilfswerke Brot für die Welt und Misereor. In Sierra Leone hat das zu einem Anstieg der Armut und zu Lebensmittelknappheit geführt, gerade bei Dörfern, die auf diese Weise ihr Land verloren haben. Besonders stark werden auf diesen Flächen Ölsaaten und Zucker angebaut, um daraus Bio-Sprit zu gewinnen. In Sierra Leone sind so bereits rund 20 Prozent der verfügbaren Flächen an Unternehmen anderer Länder verkauft worden. Es ist die zunehmende Ressourcenknappheit, die in den Entwicklungsländern den Kampf gegen den Hunger beeinträchtigt. „Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern werden aufgerufen, eine aufeinander abgestimmte Land-, Wasser- und Energiepolitik umzusetzen. Nur dann kann Ernährungssicherheit wirksam und nachhaltig sein“, so hat schon 2012 Klaus von Grebmer vom ‚Internationalen Forschungsinstitut für Ernährungspolitik‘ (IFPRI) in Washington gefordert. Die neue Studie, die Ende Juli der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, entstand mit Hilfe von Christian Aid und anderer internationaler Entwicklungsorganisationen und in Kooperation mit der „Action for Large-scale Land Acquisition Transparency Initiative“ in Sierra Leone. In der Studie wurde die Politik der beiden Firmen Addax Bioenergy (SL) Ltd, Sierra Leone Agriculture und Socfin Agricultural Company Ltd. untersucht. Als Ergebnis wird die Forderung erhoben, alle bestehenden Verträge zu überprüfen, ein Moratorium für weitere Vorhaben zu verhängen und den vorgetragenen Einwänden nachzugehen. Zukünftig sollten Verträge von unabhängigen Institutionen begutachtet und überwacht werden.

Weitere Informationen:

<http://www.christianaid.org.uk/images/who-is-benefitting-Sierra-Leone-report.pdf>

Israel: Friedensbewegung boykottiert Siedlungen

Während die Europäische Union angesichts der fortgesetzten israelischen Siedlungspolitik mit neuen Richtlinien dafür sorgen will, dass die illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten Palästinensergebieten nicht länger mit EU-Geldern versorgt werden, treiben israelische Anhänger einer Zwei-Staaten-Lösung eine eigene Boykott-Kampagne gegen die jüdische Siedlung Ariel im Westjordanland voran.

Die EU hat offiziell angekündigt, dass die Mitglieder ab dem 30. Juli dazu angehalten sind, zwischen dem Israel vor dem Sechstagekrieg 1967 und den besetzten Palästinensergebieten zu unterscheiden. Die EU-Direktive verbietet jede finanzielle Unterstützung oder eine Zusammenarbeit mit den jüdischen Siedlungen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem. In künftigen Abkommen

mit Israel wird festgelegt sein, dass diese Siedlungen kein Teil des israelischen Staates sind und somit nicht in den Genuss von Vorzügen durch die Verträge kommen werden. Das berichtet Pierre Klochendler von IPS. Der Vorsitzende der Gruppe „Peace Now“, Yariv Openheimer, sagt „Auch viele Israelis sind mit dem Siedlungsbau nicht einverstanden. Sie kaufen von dort keine Waren, vor allem nicht mehr, seit die Friedensgespräche 2010 einen toten Punkt erreicht haben.“

UNO: Atomare Abrüstung

Im September wird die 193 Mitgliedsländer zählende UN-Vollversammlung ihr überhaupt erstes hochrangiges Treffen zur atomaren Abrüstung abhalten. Auch wenn die Chancen gleich null sind, dass sich die Atom-mächte zu einer Verringerung ihrer Bestände verpflichten, sehen Friedensforscher durchaus Möglichkeiten für die Vollversammlung, Einfluss zu nehmen, berichtet IPS.

Wie aus dem am 3. Juni veröffentlichten neuen Jahrbuch des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI hervorgeht, verfügten die acht Atom-mächte China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Pakistan, Russland und die USA Anfang 2013 über etwa 4400 einsatzbereite Atomwaffen. Fast 2000 befanden sich in höchster Alarmbereitschaft. Die Zahl der atomaren Sprengköpfe der acht Atom-mächte schätzt SIPRI auf 17.265.

Wie Jonathan Granoff, Vorsitzender des „Global Security Institute“ mit Sitz in den USA und beigeordneter Professor am rechtswissenschaftlichen Institut der „Widener University“, betonte, „müssen wir Waffenkontrolle und Abrüstung beschleunigen und ihnen mehr politisches Profil verleihen.“

Der neue SIPRI-Bericht betont die Notwendigkeit, auf die Einhaltung der Versprechen zu drängen, die auf der Konferenz zur Revision des Atomwaffensperrvertrags (NPT) 2012 gemacht worden sind. „Versprechen sollten eine Bedeutung haben“, sagte Granoff.

Keine Anzeichen für Bereitschaft zur Aufgabe von Atomwaffen

Anfang 2012 waren es noch 19 000 gewesen. Den Rückgang erklären die Abrüstungsexperten mit der Verringerung russischer und US-amerikanischer Kernwaffen im Rahmen des neuen Vertrags über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START-Nachfolgevertrag) und dem Verzicht auf alte und obsoletere Kernwaffen.

Gleichzeitig weist SIPRI darauf hin, dass alle fünf offiziell anerkannten Atomwaffenstaaten – China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA – entweder neue Atomwaffenträgersysteme entwickeln oder entsprechende Programme angekündigt haben. Sie seien offenbar dazu entschlossen, ihre

Atomwaffenarsenale für immer zu behalten. Von allen fünf Ländern ist China das einzige, das seine Kernwaffenarsenale vergrößert. Und von den nicht offiziellen Atomstaaten gilt dies sowohl für Indien als auch Pakistan, die zudem an einem Ausbau ihrer Atomwaffenträgersysteme arbeiten.

Wieder gebe es keine Anzeichen dafür, dass die Atomwaffenstaaten bereit seien, ihre nuklearen Arsenale aufzugeben, heißt es in dem SIPRI-Bericht. Die langfristig ausgelegten Modernisierungsmaßnahmen, die in diesen Staaten durchgeführt würden, legten nahe, dass Atomwaffen offenbar noch immer als Status- und Machtsymbole geschätzt würden, meinte Shannon Kile vom SIPRI-Projekt für Nukleare Waffenkontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung.

Auch wenn die UN-Vollversammlung im September nicht in der Lage sein wird, die Atomwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung zu bewegen, sollte ihre Bedeutung, bestehende Normen zu stärken und auf die Einhaltung eingegangener politischer Verpflichtungen zu dringen, nach Ansicht von Kile nicht unterschätzt werden.

Dem Experten zufolge ist es wichtig, dass die UN-Vollversammlung ihren Druck auf die Atomwaffenstaaten aufrechterhält, damit diese die Rolle von Atomwaffen für ihre eigenen Sicherheitsstrategien überdenken. Es gelte die Länder dazu zu bewegen, dass sie nukleare Erstschläge öffentlich ausschließen und garantieren, keine Atomwaffen gegen kernwaffenlose Staaten einzusetzen.

„Atomwaffenbesitz delegitimieren“

Auf lange Sicht „kann die UN-Vollversammlung Atomwaffen als geopolitische Währung abwerten und den Besitz von Atomwaffen delegitimieren“, meinte Kile. „Das wird zugegebenermaßen einen langwierigen Prozess erfordern, der viel Geduld und beharrliche Diplomatie erfordert“, fügte er hinzu.

Wie Granoff gegenüber IPS erklärte, ist die US-Regierung unter Barack Obama der Auffassung, dass der Senat das START-Abkommen unter der Voraussetzung, dass die verbleibenden US-Waffenarsenale modernisiert werden, ratifiziert. Doch eine Modernisierung der Bestände werde lediglich dafür sorgen, dass die Atomwaffenarsenale bleiben, wie sie sind, und die Präzision anderer Kernwaffen verbessert würde.

„Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Abschaffung dieser tödlichen Waffen einen immer höheren Stellenwert auf der politischen Tagesordnung einnimmt“, meinte Granoff. „Und zwar solange, bis die Atomwaffenstaaten bereit sind, in der Abrüstungsfrage zu kooperieren.“

Karibik:

Entschädigung für Sklaverei

In den Ländern der Karibik wird derzeit über die Möglichkeit diskutiert, die ehemaligen Kolonialmächte um Entschädigungs-

zahlungen für Sklaverei und Völkermord anzugehen.

Wie der Premierminister von St. Vincent und den Grenadinen, Ralph Gonsalves, gegenüber Peter Richards von der Nachrichtenagentur IPS erklärte, wird er in der Frage nicht nachgeben. Er zeigte sich überzeugt, „dass ein solcher Rechtsstreit, würde er vor einem adäquaten Gericht verhandelt, recht aussichtsreich wäre.“

Bereits auf dem Gipfel der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) vom 4. bis 6. Juli hatte Gonsalves seinen karibischen Amtskollegen drei Positionspapiere vorgelegt, darunter auch das von Hilary Beckles, Professorin und Vizekanzlerin der University of the West Indies. Beckles gilt als eine Koryphäe auf dem Gebiet und hat mit ihrem Buch „Britain's Black Debt: Reparations owed the Caribbean for Slavery and Indigenous Genocide“ einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Entschädigungsforderungen der karibischen Staaten geleistet.

Regionale Vorgehensweise

Gonsalves setzt sich für eine gemeinsame Position der Karibikstaaten in dieser Frage ein und hat in diesem Sinne eine regionale Entscheidung begrüßt, ein Komitee unter dem Vorsitz des Regierungschefs von Barbados, Freundel Stuart, zu gründen, das die Entschädigungsforderungen voranbringen soll.

Das Komitee, das die Arbeit einer sogenannten CARICOM-Reparationskommission überwachen soll, wird sich aus Trinidad und Tobago, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen sowie Suriname, den Vorsitzenden der nationalen Reparationskomitees und einem Vertreter der University of the West Indies zusammensetzen.

Die karibischen Entscheidungsträger könnten angesichts des zu erwartenden Drucks von Seiten der europäischen Regierungen, ihre Entschädigungsforderungen aufzugeben, jede Unterstützung gebrauchen, meinte Kambon, dessen Organisation die Feierlichkeiten zum alljährlichen „Emancipation Day“ am 1. August auf Trinidad und Tobago organisierte.

„Wir müssen dem Ruf nach Entschädigungen Nachdruck verleihen“, meinte Kambon und bezeichnete den Sklavenhandel als „massives Verbrechen, das weit über die menschliche Vorstellungskraft hinausgeht“. Die Sklaverei stehe für eine Generation von Menschen, „die einfach ausradiert worden sind“.

In Suriname hat das „Nationale Komitee für Reparationen“ angekündigt, sich um Konsens und Bewusstsein für die richtige geschichtliche Darstellung der Sklaverei einzusetzen. „Wir werden diesen toten Informationen über Entschädigungen für die an unseren ersten Bewohnern begangenen Verbrechen von Sklaverei und Völkermord Leben einhauchen“, sagte der Vorsitzende Armand Zunder, ein erklärter Befürworter

der CARICOM-Initiative. Zunder nennt Forschungsergebnisse, denen zufolge die Niederlande während der Sklaverei in Suriname Einnahmen im heutigen Wert von 125 Milliarden Euro erzielt hätten.

Nach Angaben aus dem ostafrikanischen Kenia wurden 3000 Sklavenhalterfamilien für den Verlust ihres „Eigentums“ nach der Abschaffung der Sklaverei in den britischen Kolonien 1833 mit nach heutigem Wert 17,6 Milliarden Euro entschädigt.

Menschenrechte:

Garantien von Weltbank verlangt

Der Druck auf die Weltbank, den Schutz der Menschenrechte zu einem verbindlichen Kriterium ihrer Entwicklungsfinanzierung zu machen, nimmt zu, schreibt Carey L. Biron von IPS. Ein neuer Bericht wirft der internationalen Finanzorganisation vor, Menschenrechtsfragen aus dem Weg zu gehen und damit die Erfolge milliardenschwerer Entwicklungsprojekte zu untergraben.

Die in Washington ansässige Weltbank hat bisher nicht festgelegt, dass die von ihr finanzierten Programme internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen müssen. Dahinter steht vor allem die Sorge, dass eine Politisierung der Kreditvergabe die auf einzelne Länder zugeschnittene Armutsbekämpfung erschweren könnte. Doch Menschenrechtlern zufolge ist sich die Öffentlichkeit weitgehend darin einig, dass nachhaltige Entwicklung ohne einen spezifischen Menschenrechtsfokus nicht möglich ist.

Die Bank steckt gerade mitten in einer auf zwei Jahre angelegten Überprüfung ihrer Umwelt- und Sozialstrategien. Der Vorstand der Weltbank traf sich am 23. Juli 2013 in Washington zu Gesprächen über die derzeit laufende Überprüfung grundlegender Richtlinien, die der Weltfinanzinstitution die Gelegenheit bieten sollen, die Defizite abzubauen.

„Die Maßnahmen sollen Menschen und Gemeinschaften vor unbeabsichtigten Schäden durch Aktivitäten schützen, die von der Bank finanziert werden“, meint auch Kristen Genovese vom „Center for International Environment Law“ (CIEL). „Wir können nicht hinnehmen, dass die Bank ihre eigenen Regeln aufstellt. Es gelten bereits Bestimmungen zum Schutz von Mensch und Umwelt, die von der internationalen Staatengemeinschaft vereinbart wurden.“

„Entwicklungsfinanzierung bewegt sich immer mehr in die Richtung, den Schutz der Menschenrechte zu verbessern“, heißt es in dem neuen Report der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW). „Die Weltbank gerät in Verzug. Die Tatsache, dass nicht-traditionelle Geber in der Lage sind, in anderen Ländern Hilfe zu leisten, bietet der Bank die große Chance zu zeigen, wie Armut auch im Einklang mit den Menschenrechten bekämpft werden, wie die Hilfe bei den ärmsten und ausgegrenzten Gemeinschaften auf eine richtige Art und

Weise ankommen und Entwicklung nachhaltig erfolgen kann.“

Der HRW-Bericht präsentiert drei Fallstudien – eine aus Vietnam und zwei aus Äthiopien. Dort sind Programme, die teils von der Weltbank bezuschusst wurden, mit weit reichenden Menschenrechtsverstößen in Verbindung gebracht worden. Im Süden Vietnams hat die Weltbank beispielsweise zwischen 2005 und 2010 Gesundheitsprogramme in geschlossenen Anstalten für Drogenabhängige finanziert. Zumindest in einem Teil dieser Einrichtungen soll es im Rahmen der Therapie zu Zwangsarbeit gekommen sein. HRW hat dort außerdem Fälle von willkürlichen Festnahmen und Folterungen dokumentiert.

In Äthiopien finanziert die Bank ein zwei Milliarden US-Dollar teures Programm („Promoting Basic Services“ – PBS), das zur Verbesserung der menschlichen Entwicklung durch Investitionen in Bildung, Gesundheits- und Sanitärversorgung beitragen soll. In den letzten Jahren hat die äthiopische Regierung jedoch im Rahmen ihrer Entwicklungsinitiative etwa 1,5 Millionen Menschen zwangsweise umgesiedelt. Betroffen waren vor allem ethnische Minderheiten. HRW zufolge wurden mindestens sieben Menschen von äthiopischen Sicherheitskräften getötet, weil sie sich gegen ihre Umsiedlung in Reißbrettdörfer widersetzen.

Menschenrecht auf Wasser: Fürsprache der Kirchen nötig

Eine Erklärung für das Menschenrecht auf Wasser, die im Rahmen der Konsultation des OeRK veröffentlicht wurde, ruft Kirchen, Regierungen und die Vereinten Nationen dazu auf, sich für einen allgemeinen Zugang zu Wasser, Sanitärversorgung und Körperpflege einzusetzen und dem Zugang zu Wasser auf ihren Tagesordnungen ab 2015 hohe Priorität einzuräumen.

Die Kirche müsse „in der Gesellschaft eine Katalysatorfunktion bei der Formulierung einer inspirierenden und gemeinsamen Vision für Wassergerechtigkeit übernehmen“, heißt es in der Erklärung mit dem Titel „Gott, führe uns durch Wassergerechtigkeit zu einem Leben in Fülle und zu Frieden“.

Die Erklärung wurde von vierzig Kirchenleitenden, Theologen, Wissenschaftlern und Aktivisten verfasst, die vom 10. bis 12. Juni zu der strategischen Konsultation des ökumenischen Wassernetzwerks (OeWN) des OeRK in Berlin zusammengekommen waren. Gastgeber der Konsultation war „Brot für die Welt“ aus Deutschland.

In der Erklärung werden Regierungen und die internationale Gemeinschaft aufgerufen, ihr Engagement für „die Sicherung eines allgemeinen Zugangs zu sicherer Trinkwasserversorgung, zu Einrichtungen zum Händewaschen und zu Sanitäreinrichtungen zuhause auch für arme Menschen und andere von der Gesellschaft ausgegrenzte Gruppen bis 2030“ zu bekräftigen.

„Wasser ist ein öffentliches Gut, auf das kein Besitzrecht erhoben werden kann, denn von einem solchen Recht kann Gebrauch gemacht werden, aber es kann auch missbraucht werden“, betonte Maria Francisca Ize-Charrin von WaterLex. Aus diesem Grund, fügte sie hinzu, „ist es aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptabel, dass sich private Unternehmen Wasservorkommen aneignen und das Recht der vor Ort lebenden Menschen und zukünftiger Generationen auf Wasser dabei nicht berücksichtigt wird.“

Die Konsultation empfahl konkrete Schritte für das Engagement der Kirchen für Wassergerechtigkeit und das Menschenrecht auf Wasser. Auch die Internationale Referenzgruppe des OeWN tagte im Rahmen der Konsultation in Vorbereitung auf die bevorstehende Vollversammlung des OeRK.

Kenia: Klein bedeutet klimaanfällig

Für Kenia gibt es zwei unterschiedliche Wege, um den Gefahren des Klimawandels für die Ernährungssicherheit des Landes und die Existenzsicherung der Bauern zu begegnen. Der eine führt zum Einsatz neuer Technologien sowie zur Verbesserung und Verbreitung von Düngemitteln und Pestiziden, der andere zur Rückkehr zur indigenen Landwirtschaft und dem Schutz des natürlichen Artenreichtums.

Zahlen des Agrarministeriums belegen, dass fünf Millionen der rund acht Millionen kenianischen Haushalte direkt von der Landwirtschaft abhängen und sich von den Agrarerzeugnissen auch ernähren. Doch gerade den kleinen Subsistenzbauern stehen aufgrund der extremen Klimabedingungen schwere Zeiten bevor.

Tatsächlich haben die in der letzten Pflanzsaison gesammelten Daten einen beunruhigenden Trend zutage gebracht. So lassen sich mit den wichtigen Wasserquellen des Landes inzwischen weit weniger Nahrungsmittel produzieren als in der Vergangenheit.

„Eine Vielzahl von Flüssen und Strömen, die vom Kenia- und Elgon-Berg, dem Mau Complex sowie den Aberdare- und den Cherangani-Hügelketten gespeist werden, führen entweder weniger oder - in den Trockenzeiten - gar kein Wasser mehr mit sich“, berichtet Joshua Kosgei, ein Agrarbeamter in Elburgon in der Provinz Rift Valley, gegenüber IPS.

Nach Angaben des kenianischen Agrarforschungsinstituts (KARI) leben mehr als zehn Millionen der 40 Millionen Kenianer in Ernährungsunsicherheit, wobei die meisten auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind.

Der Agrarsektor trägt zu einem Viertel zum Bruttoinlandsprodukt und zu mindestens 60 Prozent der Exporte des ostafrikanischen Landes bei. Die Kleinbauern produzieren 75 Prozent der landeseigenen Ernten und 70 Prozent der vermarkteten Agrargüter.

Tee ist ein führendes Exportgut, dessen Wert mit 1,17 Milliarden US-Dollar angegeben wird. Experten schätzen, dass der Klimawandel die Teeplanzer um 30 Prozent ihrer Einnahmen bringen könnte. „Tee ist sehr anfällig für den Klimawandel“, meinte Kiama Njoroge, ein Agrarbeamter in Zentralkenia. „Das bedeutet, dass das Auskommen von 500 000 Kleinbauern nicht gesichert ist.“

Zur Vollversammlung des OeRK: „Peace Train“

„Peace Train“ – der „Friedenszug“ ist ein wirklicher Eisenbahnzug. Er wird Menschen für etwa 1.500,- EUR von Berlin ins südkoreanische Busan bringen. Der Weg führt die Mitreisenden zwischen dem 6. und 28. Oktober über Moskau, Irkutsk, Peking und eventuell Pjöngjang in die Stadt der Zehnten Vollversammlung des OeRK. Er soll ein Zeugnis für Frieden und für die friedliche Wiedervereinigung und Veränderung der beiden Korea sein. Das Projekt will die Welt aufrütteln angesichts der schon so lange Jahre andauernden Spaltung der koreanischen Halbinsel. Es soll ebenso aufzeigen, wie wichtig eine Abmilderung der Spannungen zwischen Süd- und Nordkorea für den Weltfrieden wäre. Das Zug-Projekt möchte zeigen, wie wichtig es ist, ein System des Friedens zu errichten. Dafür arbeitet es mit Kirchen aus den Ländern zusammen, die an der Teilung der koreanischen Halbinsel im Jahr 1953 beteiligt waren. So soll ein Beitrag für Korea, das nordöstliche Asien und die ganze Welt realisiert werden – genau sechzig Jahre nachdem ein Waffenstillstandsabkommen das Land bis heute geteilt hat. Die Kirchen in Südkorea hatten 2010 zu einer friedlichen Wiedervereinigung der Halbinsel aufgerufen.

Nähere Informationen: <http://www.peacetrain2013.org>

Kanada: Anglikaner und Lutheraner rücken näher zusammen

Vom 3.-7. Juli haben sich in Kanada mehr als 800 Delegierte der anglikanischen Kirche und der lutherischen Kirche des Landes zum ersten Mal zu gemeinsamer, verbindlicher Entscheidungsfindung getroffen. Unter dem Motto: „Zusammen in der Liebe für die Welt“ trafen sich die beiden Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates auch zum Gebet. Als ein wichtiges Zeichen des gemeinsamen Weges und des gemeinsamen Dienstes auf dem Weg der Überwindung der konfessionellen Differenzen, würdigte unter anderem auch der OeRK-Generalsekretär Pfr. Fykse Tveit das gemeinsame Unterfangen.

DOKUMENTATION

Im Folgenden gibt der Oekumenische Informationsdienst entscheidende Dokumente für die Zehnte Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Busan, Südkorea, (2013) in Zusammenfassungen wieder.

Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden

Der ökumenische Aufruf zum gerechten Frieden richtet sich zunächst an die weltweite christliche Gemeinschaft. Er ist auf eine Empfehlung der Vollversammlung in Porto Alegre, Brasilien, (2006) entstanden und baut auf Erkenntnissen auf, die im Laufe der ökumenischen „Dekade zur Überwindung von Gewalt: Kirchen für Frieden und Versöhnung“ (2001–2010) gewonnen wurden. Er wurde vom Zentralausschuss des OeRK im Februar 2011 entgegengenommen und das Hauptdokument der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation im Mai 2011 in Kingston. Er wird ergänzt durch ein umfangreiches Begleitdokument („Just Peace Companion“).

Er versucht „einen neuen ökumenischen Konsens im Blick auf Gerechtigkeit und Frieden zu erreichen“. In der Vorrede heißt es „Der Leitbegriff Gerechter Friede steht für einen fundamentalen Wandel in der ethischen Praxis. Er setzt andere Bewertungsgrundlagen und Handlungskriterien voraus.“

Der Text erinnert daran, dass Kirche dazu berufen ist, „ein Ort des Friedenstiftens zu sein. Gleichwohl scheitern Kirchen nicht selten daran, diese Berufung tatsächlich zu leben.“ (Abs. 1) Für das Friedenszeugnis sind Bereitschaft zu Busse und Umkehr und Einigkeit erforderlich. Weitsichtige und umfassende Konfliktprävention sowie die strukturelle Verankerung von Friedensziehung in den Kirchen zählen zu den wesentlichen Übereinstimmungen.

Der Aufruf gliedert sich in vier Hauptabschnitte, der vierte Hauptabschnitt wiederum in vier Themenfelder.

Bei den Zitaten im Folgenden werden die Absatzziffern in Klammer angefügt.

Der Weg des gerechten Friedens

Bemerkenswert ist im ersten Hauptabschnitt die Aufführung nicht nur von physischer, sondern auch von struktureller Gewalt. Um Frieden zu schaffen, muss strukturelle Gewalt aufgedeckt und verhindert werden. Dazu zählen auch „Gewalt gegen Menschen aufgrund von Rasse, Kaste, Geschlecht, sexueller Orientierung, Kultur oder Religion.“ (8). Der Aufruf bekennt sich dazu, dass gewaltfreier Widerstand „im Mittelpunkt des Weges zum gerechten Frieden“ steht. (9). Von früheren gewaltrechtfertigen Argumentationsmustern wird Abstand genommen. „Auf dem Weg des gerechten Friedens wird die Begründung von bewaffneten Konflikten und Kriegen zunehmend unglaubwürdig und inakzeptabel. Jahrzehntlang haben die Kirchen mit ihrer Uneinigkeit in dieser Frage gekämpft; aber der Weg des gerechten Frieden zwingt uns jetzt, darüber hinaus zu gehen.“ (10)

Die Erklärung schlägt „Im Bewusstsein der Grenzen von Sprache und Verstehen“ vor, „gerechten Frieden als einen kollektiven und dynamischen, doch zugleich fest veran-

kerten Prozess zu verstehen, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“ (11)

Auf dem Weg zum Leben

„Wir sind auf dem Weg als eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Ethik und Praxis des Friedens, die Vergebung und Feindesliebe, aktive Gewaltlosigkeit und Achtung für andere, Sanftmut und Barmherzigkeit einschließt. Wir bemühen uns, unser Leben in Solidarität mit anderen zu leben und für das Gemeinwohl einzutreten.“ (17) Folgenreiche Überlegungen finden sich zu Versöhnung und Vergebung. „Vergabung löscht die Vergangenheit nicht aus, aber wenn wir zurückblicken, können wir sehen, dass Erinnerungen geheilt, Lasten abgelegt und Traumata in der Gemeinschaft mit anderen und mit Gott aufgelöst wurden. Wir können unseren Weg fortsetzen.“ (Abs. 17)

Wegweiser zum gerechten Frieden

Zu einem Zentrum der Diskussion führen die Abschnitte 21 und folgende. Zunächst geht der Aufruf auf Konflikttransformation als wesentlichem Bestandteil des Friedensschaffens ein. „Der Transformationsprozess beginnt damit, Gewalt zu demaskieren und verdeckte Konflikte offen zu legen, um deren Auswirkungen für die Opfer und die Gemeinschaften sichtbar zu machen.“ Gegner sollen dazu zu bewegt werden, ihre widerstreitenden Interessen auf das Gemeinwohl hin auszurichten. Möglicherweise muss auch ein künstlicher Frieden gestört und strukturelle Gewalt bloßgelegt werden. (21) Anschließend folgen Aussagen zur Anwendung von Waffengewalt, die sich noch in der Diskussion befinden. „Es gibt Extremsituationen, in denen der rechtmäßige Einsatz von Waffengewalt als letzter Ausweg und kleineres Übel notwendig werden kann, um ge-

fährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen, die unmittelbaren tödlichen Gefahren ausgesetzt sind. Doch selbst dann sehen wir den Einsatz von Waffengewalt in Konfliktsituationen sowohl als Zeichen schwerwiegenden Versagens wie auch als zusätzliches Hindernis auf dem Weg zu einem gerechten Frieden an.“ (22)

Kirchen sollten über die Regeln der Vereinten Nationen zur Anwendung militärischer Gewalt innerhalb der Grenzen des Völkerrechts hinaus gehen. So ist „jede theologische oder andere Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Gewalt in Frage zu stellen und die Berufung auf das Konzept eines ‚gerechten Krieges‘ und dessen übliche Anwendung als obsolet zu erachten“. (23)

Der Aufruf diskutiert das Konzept des ‚just policing‘. Er setzt auf den Ausbau „einer neuen völkerrechtlichen Norm zur ‚Schutzpflicht‘ und die vertrauensvolle Anwendung der in der UN-Charta verankerten friedensstiftenden Mechanismen. Kriegsdienstverweigerung, also die Weigerung, Militärdienst zu leisten, sollte als Menschenrecht anerkannt werden.“ Dagegen verwirft der Aufruf endgültig „Besitz oder den Einsatz jeglicher Massenvernichtungswaffen“. (24)

Der Text stellt sich in den Zusammenhang des gemeinsamen Lernwegs von Christen und Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Er greift alle drei Themenbereiche auf und formuliert die Beziehungen aus. „Wir wissen, dass die ganze Schöpfung seufzt und sich sehnt, befreit zu werden, nicht zuletzt von dem missbräuchlichen Handeln der Menschen (Röm 8,22).“ Einem Bekenntnis zur Mitverantwortung an den Leiden der Schöpfung folgt eine Vision. „Die Vision vom gerechten Frieden reicht über die Wiederherstellung gerechter Beziehungen in der Gemeinschaft hinaus; sie verpflichtet die Menschen auch, sich um die Erde als unser Zuhause zu kümmern. Wir müssen auf Gottes Verheißung vertrauen und danach streben, dass alle Menschen angemessen und gerecht an den Ressourcen der Erde teilhaben können.“ (26)

Als übereinstimmungsfähige Zielsetzung von kirchlichem Handeln wird dann die Friedenserziehung genannt.

„Eine von der Vision des Friedens inspirierte Erziehung ist ... eine zutiefst spirituelle Charakterbildung, die Familie, Kirche und Gesellschaft einbezieht. Friedenserziehung zielt darauf, den Geist des Friedens zu wecken und zu nähren, die Achtung der Menschenrechte zu verinnerlichen, Alternativen zur Gewalt zu entwickeln und anzunehmen. Friedenserziehung fördert aktive Gewaltlosigkeit, der eine unvergleichliche Macht zur Veränderung innewohnt und die in verschiedenen Traditionen und Kulturen praktiziert und geschätzt wird. Charakter- und Gewissensbildung rüstet Menschen aus, den Frieden zu suchen und ihm nachzujagen.“ (28)

Gemeinsam den gerechten Frieden suchen

Hier folgen vier Themenfelder:

▷ Für Frieden in der Gemeinschaft – damit alle frei von Angst leben können

„Kirchen können eine Kultur des Friedens aufbauen, indem sie sich engagieren, zusammenarbeiten und voneinander lernen. Mitglieder, Familien, Gemeinden und Gemeinschaften werden in dieses Engagement einbezogen. Zu den Aufgaben gehören: Konfliktprävention und -transformation zu lernen; ausgegrenzte Menschen zu schützen und zu stärken; die Rolle von Frauen bei der Bewältigung von Konflikten und beim Friedensaufbau zu bekräftigen und sie in all diese Initiativen einzubeziehen; gewaltfreie Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschenrechte zu unterstützen und daran teilzunehmen; und der Friedenserziehung in Kirchen und Schulen den ihr zustehenden Platz einzuräumen.“ (31) Friedensstifter zu sein verlangt Einigkeit unter den Kirchen. (32)

▷ Für Frieden mit der Erde – damit das Leben erhalten wird

„Globale Herausforderungen. Menschen müssen die Schöpfung achten und schützen. Aber Habgier auf vielen Ebenen, Ichbezogenheit und der Glaube an ein grenzenloses Wachstum haben der Erde und ihren Geschöpfen Ausbeutung und Zerstörung gebracht. Die Schreie der Armen und Schwachen hallen im Seufzen der Erde wider. Übermäßiger Konsum an fossilen Brennstoffen und anderen begrenzt verfügbaren Ressourcen tun den Menschen und dem Planeten Gewalt an. Der Klimawandel als Folge menschlicher Lebensstile stellt eine weltweite Gefährdung für den gerechten Frieden dar. ... (33)

▷ Für Frieden in der Wirtschaft – damit alle in Würde leben können

„Während eine verschwindend kleine „Weltelite“ unvorstellbaren Reichtum anhäuft, leben mehr als 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut. Etwas läuft grundlegend falsch, wenn das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt größer ist als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. ... Die Ausweitung der sozioökonomischen Kluft innerhalb und zwischen Nationen wirft schwerwiegende Fragen hinsichtlich der Wirksamkeit der marktorientierten, wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik bei der Beseitigung von Armut auf und stellt das Streben nach Wachstum als vorrangigem Ziel jeder Gesellschaft in Frage.“ (36)

„Kirchen müssen sich für eine alternative Wirtschaftspolitik einsetzen, die Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum, eine Umverteilung des Wachstums, gerechte Steuern, fairen Handel und die universale Bereitstellung von sauberem Wasser, sauberer Luft und anderen Gemeinschaftsgütern ermöglicht. Regulative Strukturen und Maßnahmen müssen dafür sorgen, dass der Finanzsektor nicht nur im Dienst der Wirtschaft,

sondern auch menschlicher Bedürfnisse und ökologischer Nachhaltigkeit steht. Bei den Militärausgaben sind tiefe Einschnitte notwendig, um Programme zu finanzieren, die die Ziele der Versorgung aller Menschen mit ausreichend Nahrung, Unterkunft, Bildung und medizinischer Betreuung vorantreiben und Abhilfemaßnahmen gegen den Klimawandel bereitstellen. Menschlicher und ökologischer Sicherheit muss größere wirtschaftliche Priorität eingeräumt werden als der nationalen Sicherheit.“ (38)

▷ Für Frieden zwischen den Völkern – damit Menschenleben geschützt werden

„Eine neue ökumenische Friedensagenda ist heute aufgrund der Art und des Umfangs dieser Gefahren dringlicher denn je. Wir sind Zeugen der ungeheuren Zunahme der menschlichen Fähigkeit, das Leben und seine Grundlagen zu zerstören. Das Ausmaß der Bedrohung, die kollektive Verantwortung der Menschen und die Notwendigkeit einer konzertierten Antwort auf globaler Ebene sind beispiellos. Zwei Gefahren dieser Größenordnung – nuklearer Holocaust und Klimawandel – könnten einen Großteil des Lebens und alle Aussichten auf einen gerechten Frieden zerstören. Beide sind Ausdruck eines gewaltsamen Missbrauchs der Energie, die die Schöpfung uns schenkt. Eine dieser Katastrophen rührt her von der Verbreitung von Waffen, vor allem Massenvernichtungswaffen; die andere Gefahr kann als Verbreitung von Lebensstilen verstanden werden, die zu Massensterben führen.“ (40)

„Um die Heiligkeit des Lebens zu respektieren und Frieden unter den Völkern aufzubauen, müssen die Kirchen sich für eine Stärkung der internationalen Menschenrechtsnormen sowie der Verträge und Instrumente gegenseitiger Rechenschaftspflicht und Konfliktlösung einsetzen. Zur Vermeidung tödlicher Konflikte und Massenmorde muss die Verbreitung von Kleinwaffen und Kriegswaffen verhindert und rückgängig gemacht werden.“ (41)

Abschluss

Der Schlussabsatz des ökumenischen Aufrufs zu gerechten Frieden verweist auf das Gottesvolk, „dem die Sehnsucht in die Wiege gelegt ist. Unser Zuhause ist nicht das, was es sein könnte und sein wird. Während das Leben in Gottes Hand unzerstörbar ist, herrscht doch noch kein Friede. Die Fürstentümer und Gewalten sind zwar nicht souverän, feiern aber noch ihre Siege, und wir bleiben ruhelos und gespalten, bis Friede herrscht. ... Bis unsere Sehnsucht ihren Halt findet in der Vollendung aller Dinge in Gott, wird die Friedensarbeit weitergehen als ein Aufscheinen der uns zugesagten Gnade.“ (42)

Zusammenfassung: ULRICH SCHMITTENNER

Gemeinsam für das Leben: Mission und Evangelisation in sich wandelnden Kontexten

Eine neue Erklärung des OeRK zu Mission und Evangelisation

Die Kommission für Weltmission und Evangelisation (CWME) hat seit der Vollversammlung des OeRK 2006 in Porto Alegre an einer neuen ökumenischen Missionserklärung gearbeitet. Diese neue Missionserklärung (deutsch 24 S., 112 Abschnitte) wurde vom OeRK-Zentralausschuss auf seiner Tagung in Kreta, Griechenland, am 5. September 2012 einstimmig angenommen. Sie wird der 10. OeRK-Vollversammlung 2013 in Busan (Südkorea) vorgelegt.

Gemeinsam zum Leben: Einführung in das Thema

Am Anfang steht ein trinitarisches Glaubensbekenntnis, zusammengefasst in dem Satz: „Der dreieinige Gott lädt uns zur Teilnahme an seiner Leben spendenden Mission ein und schenkt uns die Kraft, Zeugnis von der Vision eines Lebens in Fülle für alle angesichts des neuen Himmels und der neuen Erde abzulegen.“ (1) Die Kirche hat den Auftrag erhalten, „das Leben zu feiern und in der Kraft des Heiligen Geistes Widerstand gegen alle Leben zerstörenden Kräfte zu leisten und sie zu verwandeln.“ (2) Mission braucht die Spiritualität des Lebens im Heiligen Geist. Eine solche „Spiritualität hat eine dynamische Transformationskraft, die durch das geistliche Engagement von Menschen in der Lage ist, die Welt durch die Gnade Gottes zu verwandeln.“ (3) Es ist „entscheidend, Gottes Mission in einem kosmischen Sinne zu verstehen und zu bekräftigen, dass alles Leben, die ganze *oikoumene*, in Gottes Netzwerk des Lebens miteinander verbunden ist.“ Der Kontext der christlichen Mission hat sich stark verändert. Das Zentrum der Christenheit hat sich in den Süden verlagert; pfingstlich und charismatisch ausgerichtete Bewegungen sind entstanden. (5) Heute gibt es eine Umkehrung der früheren „Mission hin zu den Rändern“ zur „Mission von den Rändern her“, weil Menschen an den Rändern der Gesellschaft beanspruchen, selbst Subjekte der Mission zu sein. Ihre Erfahrungen und Perspektiven sind von entscheidender Bedeutung für die Entfaltung einer neuen Vision von Mission und Evangelisation heute. (6) Sie sehen deutlicher als die Privilegierten, dass der Glaube an den Mammon, an den Markt und an unbegrenztes Wachstum die christliche Botschaft verdunkelt und die ganze Schöpfung bedroht. (7) Allen Christen und Kirchen stellen sich Fragen wie diese: „Wie können wir Gottes Liebe und Gerechtigkeit einer Generation verkünden, die in einer individualisierten, säkularisierten und materi-

alistischen Welt lebt?“ (8) Wie gestalten wir die Zusammenarbeit mit Menschen anderer Religionen und Kulturen mit dem Ziel des Aufbaus von Gesellschaften der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit? (9)

Zentrale Sätze finden sich im Abschnitt 10: „Die Kirche ist eine Gabe Gottes an die Welt, um die Welt zu verwandeln und dem Reich Gottes näherzubringen. Ihre Mission ist es, neues Leben zu bringen und die Gegenwart des Gottes der Liebe in unserer Welt zu verkünden. Wir müssen in Einheit an Gottes Mission teilhaben und die Spaltungen und Spannungen überwinden, die unter uns bestehen, damit die Welt glaube und alle eins seien (Johannes 17,21). Die Kirche als Gemeinschaft der Jünger Christi muss eine inklusive Gemeinschaft werden; ihr Daseinszweck ist es, der Welt Heilung und Versöhnung zu bringen. Wie kann die Kirche sich erneuern, damit sie eine missionarische Kirche ist und gemeinsam auf ein Leben in Fülle zugeht?“

Das erste von vier Hauptkapiteln lautet:

Geist der Mission: Atem des Lebens. Die Mission des Geistes

Es beginnt mit biblischen Aussagen über Gottes Geist – hebräisch „ruach“. Derselbe Geist, der bei der Schöpfung „auf dem Wasser schwebte“ hat Jesus zum Leben erweckt. Der Auferstandene sandte seine Jünger in die Mission. „Durch die Gabe des Heiligen Geistes, „mit Kraft aus der Höhe“ ..., wurden sie zu einer neuen Gemeinschaft verwandelt, eine Gemeinschaft des Zeugnisses von der Hoffnung in Christus ... Im Geist der Einheit lebte die Urgemeinde zusammen und teilte alles, was sie besaß, unter ihren Mitgliedern auf ...“ (14)

In den folgenden Abschnitten werden unterschiedliche Verhältnisbestimmungen referiert im Blick auf die Beziehungen von Christologie, Pneumatologie und Eschatologie in der Mission. Der Abschnitt 18 kann als Zusammenfassung verstanden werden: „Eindeutig ist, dass wir durch den Geist an der Mission der Liebe teilhaben, die der Herzschlag des trinitarischen Lebens ist. Dies führt zu einem christlichen Zeugnis, das unablässig Gottes rettende Kraft durch Jesus Christus verkündet und Gottes aktive Gegenwart, kraft des Heiligen Geistes, in der ganzen geschaffenen Welt betont. Alle, die auf die überströmende Liebe Gottes antworten, sind eingeladen, zusammen mit dem Geist an der Mission Gottes teilzunehmen.“ Es folgt eine Verhältnisbestimmung von Mission und Schöpfung. „Gottes Mission beginnt mit dem Schöpfungsakt ... Wir sind daher aufgerufen, eine enge anthropozentrische Sichtweise zu überwinden und uns auf Formen der Mission einzulassen, die unsere versöhnte Beziehung mit allem geschaffenen Leben zum Ausdruck bringen.“ Ein solches Missionsverständnis „gewinnt in unseren Kirchen bereits Gestalt in Kampagnen für Ökogerechtigkeit und nachhaltigen Lebens-

weisen sowie in einer Spiritualität, die der Erde Achtung entgegen bringt.“ (20). „In vielerlei Hinsicht hat die Schöpfung selbst eine Mission im Blick auf die Menschheit; so hat die Natur zum Beispiel eine Kraft, die Herz und Leib des Menschen heilen kann.“ (22) Der Geist Gottes wird dort erkannt, „wo Menschen für das Leben in seiner ganzen Fülle und in all seinen Dimensionen eintreten, einschließlich der Befreiung der Unterdrückten, der Heilung und Versöhnung zerbrochener Gemeinschaften und der Wiederherstellung der Schöpfung.“ (24) „Die Kirchen sind aufgerufen, ... gemeinsam mit dem Heiligen Geist daran zu arbeiten, Gottes Reich der Gerechtigkeit herbeizuführen.“ (25) Wir werden vom Geist Gottes in unterschiedliche Situationen hineingeführt, ...in Räume der Begegnung und an Orte entscheidender menschlicher Kämpfe geführt.“ (26)

Der Abschnitt 27 enthält eine Art Schuldbekennnis: „Wir bedauern, dass die mit der Kolonialherrschaft einhergehende Missionsarbeit Kulturen häufig verleumdet und die Weisheit lokaler Bevölkerungen nicht anerkannt hat.“ Die Konsequenz: „...daher ist es Teil unserer Mission, in jeder Kultur und in jedem Kontext Leben spendende Weisheit anzuerkennen, zu respektieren und in unsere Arbeit einzubeziehen“. Die missionarische Kirche braucht zu ihrer Stärkung eine verwandelnde Spiritualität. „Missionarische Spiritualität ist immer verwandelnd.“ Sie ist Energie für ein Leben in Fülle und fordert Engagement im Widerstand gegen alle Kräfte, Mächte und Systeme, die Leben verweigern, zerstören und einschränken. „Die missionarische Spiritualität treibt uns an, Gottes Ökonomie des Lebens und nicht dem Mammon zu dienen, unser Leben mit anderen am Tisch Gottes zu teilen, statt unsere persönliche Gier zu befriedigen, uns für den Wandel zu einer besseren Welt einzusetzen und das Eigeninteresse der Mächtigen, die den Status quo aufrecht erhalten wollen, zu hinterfragen.“ (29 f.) „Die Politik des grenzenlosen Wachstums durch die Herrschaft des globalen freien Marktes ist eine Ideologie, die ... absolute Gefolgschaft (verlangt), was einem Götzendienst gleichkommt“. „Es ist ein globales vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt. Dieser Turmbau der Habgier bedroht mittlerweile den gesamten Öko-Haushalt Gottes. Das Reich Gottes steht der Herrschaft des Mammons diametral entgegen.“ (31) „Der Geist ermächtigt die Machtlosen und fordert die Mächtigen dazu heraus, sich ihrer Privilegien zugunsten der Entmachteten zu entäußern.“ (33) Aus dem Geist zu leben bedeutet aber auch, „das Leben in seiner Fülle zu schmecken“. (34)

„Jesus Christus tritt in Beziehung zu den Menschen, die in der Gesellschaft am stärksten ausgegrenzt werden, und wendet sich ihnen zu, um allen lebensfeindlichen Kräften

entgegenzutreten und sie zu verwandeln. Dazu gehören Kulturen und Systeme, die massive Armut, Diskriminierung und Dehumanisierung erzeugen und perpetuieren und die Mensch und Erde ausbeuten oder zerstören.“ (37) „Mission von den Rändern her ... versucht, eine alternative missionarische Bewegung zu sein und die Vorstellung zu widerlegen, dass Mission nur von den Mächtigen zu den Machtlosen hin verlaufen kann, von den Reichen zu den Armen, von den Privilegierten zu den Ausgegrenzten.“ „Menschen am Rande, die keinen Schutz genießen, wissen oft, welche Kräfte der Ausgrenzung ihr Überleben bedrohen, und können am besten beurteilen, welche Prioritäten in ihrem sozialen Kampf die dringlichsten sind; Menschen in privilegierten Positionen können von den täglichen Überlebenskämpfen von Menschen an der Peripherie viel lernen.“ (38) „Ziel der Mission ist es nicht einfach, Menschen vom Rand in die Zentren der Macht zu bringen, sondern eine Auseinandersetzung mit denjenigen zu riskieren, die sich dadurch im Zentrum behaupten, dass sie andere in der Situation der Peripherie halten. Stattdessen sind die Kirchen aufgerufen, Machtstrukturen zu *verändern*.“ (40)

„In der Vergangenheit ebenso wie in der Gegenwart haben sich vorherrschende Formen der Mission häufig ausgerichtet an einem Modell des Dienstes *für* die Menschen an den Rändern der Gesellschaft ... Mission vom Zentrum aus wird aus einer paternalistischen Haltung und durch einen Überlegenheitskomplex getrieben. Historisch gesehen hat dies dazu geführt, dass das Christentum mit der westlichen Kultur gleichgesetzt wurde. Dies hatte negative Auswirkungen, wie z.B., dass den Opfern dieser Ausgrenzung häufig ihre eigene Würde als Person abgesprochen wurde.“ (41) „Jedes missionarische Engagement muss daher den heiligen Wert jedes Menschen und der Erde schützen.“ (42) „Dazu gehört zum Beispiel, dass wir patriarchalische Ideologien hinterfragen, das Recht auf Selbstbestimmung für indigene Völker verteidigen und die gesellschaftliche Legitimierung von Rassismus und Kastenwesen hinterfragen.“ (43) Unsere Teilnahme an Gottes Mission erfordert „ein Bekenntnis zum Kampf und zum Widerstand gegen die Mächte, die die von Gott für alle gewollte Fülle des Lebens behindern, und die Bereitschaft, mit allen Menschen zusammenzuarbeiten, die sich in Bewegungen und Initiativen für die Sache der Gerechtigkeit, der Würde und des Lebens engagieren.“ (45)

„Initiativen für Heilung und die Ganzheit des Lebens von einzelnen Menschen und von Gemeinschaften sind eine wichtige Ausdrucksform der Mission.“ (50) „Gesundheit ist mehr als körperliches oder seelisches Wohl, und Heilung ist nicht primär medizinischer Natur.“

„Gesundheit im Sinne von Ganzheit ... schließt ... ein Leben in Gemeinschaft mit Gott, Mensch und Schöpfung ein. Individualismus und Ungerechtigkeit stellen Beeinträchtigungen für den Aufbau von Gemeinschaft und damit für die Ganzheit dar. Diskriminierung aufgrund von Krankheit oder Behinderung – einschließlich Diskriminierung von Menschen mit HIV und Aids – steht im Widerspruch zur Lehre Jesu Christi.“ (51) „Heilung meint mehr die Wiederherstellung von Ganzheit als die Korrektur von etwas, das als „defizitär“ angesehen wird. Um ganz zu werden, müssen die ent Fremdeten Glieder wieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Die Fixierung auf Heilung durch medizinische Behandlung ist somit eine Sichtweise, die überwunden werden muss, um den breiteren biblischen Ansatz zu stärken. Mission sollte die volle Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und Krankheit im Leben der Kirche und der Gesellschaft fördern.“ (52)

Das 2. Hauptkapitel

„Geist der Gemeinschaft: Kirche unterwegs. Gottes Mission und das Leben der Kirche“

„Die überfließende Liebe des dreieinigen Gottes zu den Menschen ist die Quelle aller Mission und Evangelisation.“ Sie will mit anderen geteilt werden. (55) „Es ist Aufgabe der Kirche, Gottes missionarischen Plan zu erfüllen. „Wenn sie keine Mission betreibt, hört sie auf, Kirche zu sein.“ (57) Mission ist aber nicht ein Projekt zur Ausbreitung von Kirchen, sondern es geht darum, dass die Kirche Gottes Erlösung in dieser Welt verkörpert. „Unseren Glauben in der Gemeinschaft zu leben, ist eine wichtige Form der Teilhabe an der Mission. Durch die Taufe werden wir Schwestern und Brüder, die in Christus zusammengehören (Hebräer 10, 25). Die Kirche ist aufgerufen, eine inklusive Gemeinschaft zu sein, die alle willkommen heißt.“ (59) „Praktisch wie auch theologisch gehören Mission und Einheit zusammen.“ (60) „Daraus folgt, dass wir unsere Reflexion über Kirche und Einheit für ein noch weiteres Verständnis von Einheit öffnen müssen: der Einheit der Menschheit, ja der kosmischen Einheit der ganzen Schöpfung Gottes.“ (61)

Abschnitt 62 befasst sich mit aggressiven Missionsstrategien. Die Kirche kann keine marktwirtschaftlichen Methoden anwenden. „Die missionarische Kirche verherrlicht Gott in sich selbstentäußernder Liebe.“ Evangelisation muss von gegenseitigem Respekt geprägt sein. (63) „Wahre Einheit ... führt immer zu Inklusivität und Respekt für andere.“ (69) Darum können Kirchen „ein Zufluchtsort für Gemeinschaften mit Migrationshintergrund sein; sie können auch mit voller Absicht Orte für interkulturelles Engagement sein ... Die Kirchen sind aufgerufen, ... Gerechtigkeit in der Migrationspolitik zu fordern und Widerstand gegen

Fremdenhass und Rassismus zu leisten.“ (70)

„Die heutige veränderte Welt stellt Ortsgemeinden vor die Herausforderung, neue Initiativen zu ergreifen. So haben z.B. in der säkularisierten nördlichen Hemisphäre neue Formen kontextueller Mission, wie „neues Klosterleben“, „neue missionarische Gestalten von Kirche“ (emerging churches) und „missionarische Pilotprojekte“ (fresh expressions), zu einer neuen Artikulation und Verlebendigung von Kirche beigetragen.“ (72) „Ortsgemeinden sind Pioniere und primäre Triebkräfte der Mission.“ (73) „Ortsgemeinden haben heute Möglichkeiten wie nie zuvor, weltweit Beziehungen aufzubauen. Viele inspirierende und verwandelnde Partnerschaften entstehen zwischen Kirchen, die geographisch weit voneinander entfernt und in sehr unterschiedlichen Kontexten angesiedelt sind.“ (76) „Lobby- und Advocacy-Arbeit für Gerechtigkeit ist nicht länger das alleinige Vorrecht nationaler Versammlungen und zentraler Dienststellen, sondern eine Form des Zeugnisses, zu dem die Ortskirchen aufgerufen sind.“ (77)

Das 3. Hauptkapitel:

„Geist von Pfingsten: Gute Nachricht für alle. Aufruf zur Evangelisation“

„Das Zeugnis (*martyria*) nimmt konkrete Form in der Evangelisation an – der Kommunikation des ganzen Evangeliums an die ganze Menschheit in der ganzen Welt.“ (80)

„Ihr Schwerpunkt liegt auf der ausdrücklichen und absichtsvollen Bezeugung des Evangeliums, und dazu gehört „die Einladung zur persönlichen Umkehr zu einem neuen Leben in Christus und zur Nachfolge“. (81) Proselytismus ist keine legitime Form der Evangelisation. (82) „Evangelisation führt zu Buße, Glaube und Taufe ... Sie ruft Umkehr hervor, die eine Änderung von inneren Einstellungen, Prioritäten und Zielen einschließt. Die Verlorenen werden gerettet, die Kranken geheilt, die Unterdrückten und die ganze Schöpfung erfahren Befreiung.“ (84) Evangelisation kann nur nach der Weise Christi geschehen. „Wenn jedoch unsere Worte nicht mit unseren Taten übereinstimmen, ist unsere Evangelisation nicht authentisch.“ (86) „Wir sind aufgerufen, anderen zu dienen, wie Christus es getan hat...“ (88) In Abschnitt 90 ist ein entsprechender „Verhaltenskodex“ aufgelistet.

„Obwohl das Evangelium letztlich eine gute Nachricht für alle darstellt, impliziert es gleichzeitig schlechte Nachricht für diejenigen Kräfte, die Unwahrheit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung fördern.“ (91) „Authentische Evangelisation schließt ein, dass wir verletzlich sind, dass wir dem Beispiel Christi folgen und das Kreuz auf uns nehmen und uns selbst entäußern ... (92)

Der Geist Gottes ist in allen Kulturen, die für das Leben eintreten, erfahrbar. „Daher macht authentische Mission den „Anderen“

zum Partner und nicht zum „Objekt“ der Mission.“ (93)

Unsere „Aufgabe ist es nicht, Gott mitzubringen, sondern Gott zu bezeugen, der bereits da ist. Dialog bietet die Möglichkeit einer aufrichtigen Begegnung, bei der jede Seite in einer Atmosphäre der Offenheit, der Geduld und des Respekts alles, was sie ausmacht, offen legt.“ (94)

Die Abschnitte 97–100 befassen sich mit dem Thema Evangelisation und Kulturen. Westliche Formen des Christentums können nicht mehr die Norm sein, „anhand derer die Glaubenstreue anderer Christen und Christinnen beurteilt werden müsste. Evangelisation durch diejenigen in einer Position wirtschaftlicher Macht oder kultureller Hegemonie droht das Evangelium zu verzerren. Daher müssen sie die Partnerschaft mit Armen, Entrechteten und Minderheiten suchen und deren theologische Ressourcen und Visionen auf sich wirken lassen.“ (98) „Eine Pluralität von Kulturen ist eine Gabe des Geistes zur Vertiefung unseres Glaubens- und gegenseitigen Verständnisses.“ (100)

Das 4. Hauptkapitel:

„Fest des Lebens: Zusammenfassende Grundüberzeugungen“

„Ausgehend von einem erneuerten Verständnis der Mission des Geistes Gottes gelangen wir zu folgenden Grundüberzeugungen ...

- ▷ Wir bekräftigen, dass der Zweck der Mission Gottes ein Leben in Fülle ist (Johannes 10,10) und dass dies das Kriterium für die „Unterscheidung der Geister“ in der Mission ist. ... (102)
- ▷ Wir bekräftigen, dass die Mission mit Gottes Schöpfungsakt beginnt und in der Neu-Schöpfung durch die lebendig machende Kraft des Heiligen Geistes fortgesetzt wird. ... (103)
- ▷ Wir bekräftigen, dass Spiritualität die Kraftquelle der Mission ist und dass Mission im Geist verwandelt. ... (104)
- ▷ Wir bekräftigen, dass die Mission des Geistes Gottes in der Erneuerung der ganzen Schöpfung besteht. ... (105)
- ▷ Wir bekräftigen, dass die heutigen Missionsbewegungen aus dem globalen Süden und Osten hervorgehen, in viele Richtungen verlaufen und sehr vielfältig sind. ... (106)
- ▷ Wir bekräftigen, dass Menschen in Situationen der Marginalisierung eine aktive Rolle in der Mission übernehmen und ihnen die prophetische Rolle zukommt, ein Leben in Fülle für alle zu fordern. ... (107)
- ▷ Wir bekräftigen, dass die Ökonomie Gottes auf den Werten der Liebe und der Gerechtigkeit für alle basiert und dass die verwandelnde Mission sich dem Götzendienst in der freien Marktwirtschaft widersetzt. ... (108)
- ▷ Wir bekräftigen, dass das Evangelium Jesu Christi zu allen Zeiten und an allen Orten gute Nachricht ist und im Geist der Liebe und Demut verkündet werden sollte. ... (109)

- ▷ *Wir bekräftigen, dass Dialog und Zusammenarbeit für das Leben integraler Bestandteil von Mission und Evangelisation sind. ... (110)*
- ▷ *Wir bekräftigen, dass es Gott ist, der die Kirche in der Mission lebendig hält und ihr die nötige Kraft schenkt. ... (111)*

„Der dreieinige Gott lädt die ganze Schöpfung zum Fest des Lebens ein, durch Jesus Christus, der gekommen ist, „damit sie das Leben und volle Genüge haben sollen“ (Johannes 10,10), durch den Heiligen Geist, der die Vision vom Reich Gottes bekräftigt: „Denn siehe, ich will einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen!“ (Jesaja 65,17). In Demut und Hoffnung verpflichten wir uns zur Mission Gottes, der alles neu schafft und alles versöhnt. Und wir beten: „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden!“ (112)

Zusammenfassung: WERNER GEBERT

„Die Kirche auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“

Studie der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung No. 214

An dieser Studie wurde, anknüpfend an diverse OeRK-Konferenzen, seit 1982 intensiv gearbeitet. Der Entstehungsprozess ist im Anhang („Historische Anmerkung“) detailliert beschrieben. Der wichtigste Auslöser waren die zahlreichen Rückmeldungen auf das 1982 veröffentlichte Konvergenzpapier – auch als Lima-Papier oder BEM bekannt – „Taufe, Eucharistie und Amt“. Die offiziellen Antworten auf BEM wurden in sechs Bänden veröffentlicht, wodurch die Weiterarbeit an den großen ekklesiologischen Themen drängend, ja unausweichlich wurde. Nach zahlreichen Sitzungen der Kommission wurde im Juni 2012 der endgültige Text einstimmig angenommen. Der vorliegende Text, der im Deutschen 38 Seiten in 69 Abschnitten umfasst (plus Vorwort des Generalsekretärs, Geleitwort der Faith and Order- Verantwortlichen und Einleitung), bringt „eine spezifische Phase des Nachdenkens von Glauben und Kirchenverfassung zum Thema Kirche zum Abschluss“. Der OeRK-Zentralausschuss nahm das Papier auf seiner Tagung in Kreta im September 2012 entgegen und empfahl es den Mitgliedskirchen zum Studium und offizieller Stellungnahme.

Die Studie hat nichts Überschwängliches und Mitreißendes; sie ist vorsichtig und zurückhaltend formuliert. Man merkt ihr das Ringen um Formulierungen an, denen möglichst viele Mitgliedskirchen zustimmen können. Typisch für dieses Bemühen sind Versuche, sehr unterschiedliche Positionen auf ein gemeinsames Anliegen zurückzuführen.

ren. Das geht so weit, dass in einer Frage mit kirchenspaltendem Potenzial, nämlich dem Feiern oder Nicht-Feiern der Sakramente, eine mögliche Verständigung in Frageform anvisiert wird: „Gibt es Möglichkeiten für ein vollständigeres gegenseitiges Verständnis zwischen den Kirchen, die diese Riten feiern, und jenen christlichen Gemeinschaften, die davon überzeugt sind, dass das Feiern von Sakramenten oder anderen Riten für ein gemeinsames Leben in Christus nicht erforderlich ist?“ (44) Hier wird um gegenseitiges Verständnis gerungen. Jedenfalls muss man sich nicht trennen, wenn in dieser und anderen Fragen keine Einigung erzielt werden kann.

Das Papier ist folgendermaßen aufgebaut: Im I. Kapitel wird

„Gottes Auftrag und die Einheit der Kirche“

behandelt. Die Kirche hat eine Funktion im Heilsplan Gottes. Sie soll mitwirken an Gottes Werk der Heilung einer zerrissenen Welt. Sie soll der Welt Gemeinschaft schenken. Sie hat also einen missionarischen Auftrag: Sie soll eine Zeugnisgemeinschaft sein, die das Reich Gottes verkündet. Dabei geht es vornehmlich um Solidarität mit den Armen und die Befreiung der Unterdrückten. Die traditionelle Mission wird durchaus kritisch gesehen: Zeitweise wurde dem kulturellen und religiösen Erbe derjenigen, denen das Evangelium verkündet wurde, nicht der gebührende Respekt gezollt. Heute fordert der religiöse Pluralismus die Christen heraus, das Verhältnis zwischen christlicher Verkündigung und anderen Glaubensauffassungen neu zu überdenken. Eine erhebliche Herausforderung stellen auch, angesichts des Gebets Jesu um die Einheit (Joh 17,12), die Spannungen und Spaltungen unter den Christen dar. Kirchen, die sich der sichtbaren Einheit verpflichtet fühlen, müssen fähig sein, in anderen Kirchen die „eine, heilige, katholische und apostolische Kirche“ zu erkennen. Die Bedeutung der Einheit wird unterschätzt, wenn sich manche Kirchen ausschließlich mit ihrer eigenen Gemeinschaft identifizieren, also andere Kirchen als defizitär einschätzen. Die ökumenische Bewegung hat die gegenseitige Achtung unter den Kirchen sehr stark gefördert.

Im Kapitel II geht es um

„Die Kirche des dreieinigen Gottes“

Gottes Willen für die Kirche ist primär aus den biblischen Zeugnissen zu erkennen. Im Neuen Testament sind unterschiedliche ekklesiologische Ansätze zu erkennen. Diese Pluralität widerspricht nicht der Einheit der Kirche, sondern ist ein Aspekt ihrer Katholizität. Die Koinonia ist für die Einheit der Kirche ein zentraler Begriff. Der neue Bund, aufgerichtet im Wirken, im Tod und in der Auferstehung Jesu, hat das Ziel, alle

Menschen mit sich und miteinander zu vereinen. „Das gesamte Volk Gottes ist dazu berufen, ein prophetisches Volk zu sein, das Gottes Wort bezeugt, ein priesterliches Volk, das das Opfer eines Lebens in der Nachfolge Christi bringt, und ein königliches Volk, das als Werkzeug zur Errichtung der Herrschaft Gottes dient.“ (19). Die Kirche war aber „niemals ohne Personen, die spezifische Autorität und Verantwortung innehatten.“ (20)

Der Heilige Geist verleiht den Gliedern am Leib Christi vielfältige Gaben. Er gibt der Kirche „das Rüstzeug, damit sie ihre Rolle bei der Verkündigung und jener allgemeinen Verwandlung spielen kann, nach der sich die ganze Schöpfung sehnt.“ (21)

Seit dem Konzil von Konstantinopel im Jahre 381 versteht sich die Kirche als die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche. Die Kirche wird definiert als „Gemeinschaft in dem dreieinigen Gott“ die gleichzeitig eine Gemeinschaft ist, „deren Glieder am Leben und an der Sendung Gottes teilhaben.“ (23) Strittig ist und bleibt das Verhältnis zwischen dem Wirken des Heiligen Geistes und den institutionellen Strukturen. Die vornehmste Aufgabe der Kirche ist die Mitwirkung an Gottes Heilsplan, nach dem die Menschheit und die ganze Schöpfung in eine Gemeinschaft unter der Herrschaft Christi zusammengeführt werden soll. Die Kirche verfügt über eine spirituelle, transzendente Eigenschaft, die sich nicht erfassen lässt, wenn man nur ihre äußere Erscheinung anschaut. (26). Da sie ein wirksames Zeichen und Mittel der Gemeinschaft von Menschen untereinander durch ihre Gemeinschaft im dreieinigen Gott ist, kann sie auch, wie manche Kirchen das tun, als Sakrament verstanden werden. Im Blick auf „Einheit und Vielfalt“ ist in dem Papier von einer meist kulturell bedingten legitimen Vielfalt die Rede, die als „Gabe des Herrn“ verstanden wird. Sie hat aber ihre Grenze in Häresien und Schismen, die die Gabe der Einheit zerstören. Zum Verhältnis zwischen Ortskirchen und der Universalkirche heißt es: Die christliche Gemeinde an jeden Ort teilt mit allen anderen lokalen Gemeinschaften alles, was für das Leben der Gemeinschaft wesentlich ist. Und: „Die Universalkirche ist die Gemeinschaft aller Ortskirchen.“ (31)

Kapitel III trägt die Überschrift:

„Die Kirche: Wachsen in Gemeinschaft“

Die Kirche ist als Pilgergemeinschaft eine eschatologische Realität, die das Reich Gottes nur unvollständig verwirklicht. Sie kämpft mit der Realität der Sünde. Die volle Gemeinschaft innerhalb einer sichtbar vereinten Kirche erfordert folgende ekklesiale Elemente: „Gemeinschaft in der Fülle des apostolischen Glaubens, im sakramentalen Leben, in einem wahrhaft geeinten und wechselseitig anerkannten Amt, in Struktu-

ren konziliarer Verbindungen und Entscheidungsfindung und im gemeinsamen Zeugnis und Dienst in der Welt“. Die Kirche ist berufen, „die Einheit der gesamten Menschheit und der Schöpfung zu fördern...“ (37) In vielen zentralen Aspekten der christlichen Lehre gibt es etliches, was die Gläubigen bereits eint. (39). Vor allem im Blick auf das Verständnis der Taufe ist eine zunehmende Konvergenz festzustellen. Auch im Blick auf das Verständnis der Eucharistie gab es Fortschritte, darunter die Aussage: „Das Abendmahl des Herrn ist die Feier, bei der die um seinen Tisch versammelten Christen den Leib und das Blut Christi empfangen.“ (42) Die Eucharistie verlangt auch Versöhnung und Miteinander-Teilen. Und die Christen werden in der Eucharistie aufgerufen, mit den Ausgestoßenen solidarisch zu sein. (43) Das größte Hindernis auf dem Weg zur Einheit stellen die mit dem ordinierten Amt verbundenen Themen dar. Grundsätzlich gilt: „Autorität innerhalb der Kirche muss als ein demütiger Dienst verstanden werden, als ein Nähren und Aufbauen der Koinonia der Kirche im Glauben, Leben und Zeugnis ...“ (49) Ein längerer Abschnitt befasst sich mit dem Amt der Episkopé (bischöflich oder anders organisiert): „Neben dem Predigen des Wortes und dem Feiern der Sakramente besteht eine der grundsätzlichen Aufgaben dieses Amtes darin, die offenbarte Wahrheit treu zu bewahren und weiterzugeben, die Gemeinschaft zwischen den lokalen Gemeinden aufrechtzuerhalten, für gegenseitige Unterstützung zu sorgen und bei der Verkündigung des Evangeliums eine führende Rolle einzunehmen.“ (52). In den Aussagen über das Papsttum sind kritische Untertöne herauszuhören. Es ist von „Rivalitäten unter den Kirchenführern“ in den frühen Jahrhunderten die Rede. Der Bischof von Rom habe „nach und nach ein Primat beim Fällen von Entscheidungen (Jurisdiktion) und in der Lehrautorität ... beansprucht ...“, was zu bedeutenden Kontroversen geführt habe, vor allem durch „die Art seiner Ausübung“. (55). Doch auch dieser Abschnitt endet hoffnungsvoll: „In den vergangenen Jahren trug die ökumenische Bewegung dazu bei, ein versöhnliches Klima zu schaffen, in dem ein Amt im Dienste der Einheit der gesamten Kirche erörtert wurde.“

Kapitel IV behandelt das Thema:

„Die Kirche: In der Welt und für die Welt“

Im Anschluss an Joh 3,16 heißt es: „Gottes erste und oberste Haltung gegenüber der Welt ist daher die Liebe zu jedem Kind, jeder Frau und jedem Mann, die jemals Teil der Menschheitsgeschichte waren, und in der Tat für die gesamte Schöpfung.“ „... die Kirche existiert nach dem Willen Gottes nicht für sich selbst, sondern soll dem göttlichen Plan zur Verwandlung der Welt dienen.“ (59) Daher ist Evangelisation, deren wesentlicher

Aspekt die Förderung von Gerechtigkeit und Frieden ist, eine der Hauptaufgaben der Kirche. Sie muss denjenigen, die einen anderen Glauben haben, immer mit Achtung begegnen. „Zusammen mit den Anhängern anderer Religionen sowie mit Menschen guten Willens müssen Christen ... auch die gesellschaftlichen Werte Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz“ fördern (62) „Der Glaube treibt sie auch an, für eine gerechte Gesellschaftsordnung zu arbeiten, in der die Güter dieser Erde gerecht verteilt werden...“ (64) „Dies bringt es mit sich, dass ungerechte Strukturen kritisch analysiert und offen gelegt werden und dass an ihrer Umwandlung gearbeitet wird, dass aber auch Initiativen der Zivilbehörden unterstützt werden, die Gerechtigkeit, Frieden, Umweltschutz und die Sorge für die Armen und Unterdrückten fördern.“ (65) „Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens bemüht sich die Kirche um die Sorge für die Schöpfung...und stellt sich deshalb dem Missbrauch und der Zerstörung der Erde entgegen...“ (66) Im Schlusskapitel heißt es: „Unsere Zerrissenheit und Spaltung widerspricht dem Willen Christi, dass seine Jünger eins sein sollen, und behindert den Auftrag der Kirche. Deshalb ist die Wiederherstellung der Einheit unter den Christen unter der Leitung des Heiligen Geistes eine so dringende Aufgabe.“ (68)

Zusammenfassung: WERNER GEBERT

„Gottes Ruf zur Einheit und unsere Verpflichtung“

Dieses 4-seitige Papier, das im März 2013 dem Exekutiv Ausschuss vorlag und das bei der OeRK-Vollversammlung in Busan diskutiert und beschlossen werden soll, beginnt mit der Feststellung, dass die gesamte Schöpfung, die Welt und ihre Menschen, nach dem Willen Gottes in Einheit und Frieden zusammenleben soll.

Die gesamte Schöpfung befindet sich allerdings in einer Spannung zwischen stärkster Hoffnung und tiefster Verzweiflung: Es gibt viele Hoffnungszeichen wie Versöhnung, Heilung und Zusammenarbeit, aber auch schreckliche Tatbestände wie Gewalt, Terrorismus, Kriegsgefahr und Klimawandel. Das Bedrohliche wird als Zeichen für gestörte Beziehungen zu Gott und den Mitmenschen interpretiert.

Ähnlich ist es bei den Kirchen. Es gibt Zeichen pulsierenden kirchlichen Lebens, Wachstum christlicher Gemeinschaften, solidarischen Handelns, Freundschaft, miteinander Teilens, voneinander Lernens usw. Aber es gibt auch schmerzhaft Erfahrungen wie Trennungen, Verweigerung der Eucharistie, Desinteresse an Einheit, Gemeinschaft und Konfliktlösungen. Das dient nicht der Ehre Gottes, der Quelle unseres Lebens.

Unsere biblische Vision bezieht sich

zunächst auf den Bund Gottes mit Israel. Die Propheten interpretierten ihn als Aufruf zur Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden. Der neue Bund in Jesus Christus eröffnete allen Menschen die Möglichkeit, in Gemeinschaft miteinander zu leben. Jesus betete für die Einheit seiner Jünger – der Welt zuliebe. Er trug seinen Jüngern auf, dieses Werk fortzuführen. Der Leib Christi, die Kirche, verkörpert die Einheit schaffende, versöhnende und zum Selbstopfer bereite Liebe Jesu zur Welt. Die Kirche ist dazu berufen, ein prophetisches Zeichen für das Leben, wie Gott es will, für die ganze Welt zu sein. Gott hat der Kirche Gnadengaben geschenkt, die einen Vorgeschmack davon geben: den Glauben, die Taufe, das Abendmahl, das apostolische Amt, konziliare Versammlungen; auch die Verschiedenheit ist eine Gabe, sofern sie die Christen nicht zu Fremden und Feinden macht.

Wir sind aber kein glaubwürdiges Zeichen, solange unsere Spaltungen andauern. Glaubwürdig werden wir durch Geduld, Demut, Großzügigkeit, aufmerksames Hören auf die anderen, wechselseitige Rechenschaftslegung, inklusive Gemeinschaft und den Willen, beieinander zu bleiben. Das geht nur, wenn wir in Frieden miteinander leben und uns einsetzen für wahren Frieden, der nur zusammen mit Gerechtigkeit verwirklicht werden kann. Die Kirche ist ihrer Natur nach missionarisch, denn sie ist berufen, Zeugnis abzulegen von Gottes lebensspendendem Plan für die ganze Welt. „Christliche Einheit, die Einheit der menschlichen Gemeinschaft und die der gesamten Schöpfung gehören zusammen. Sie sind untrennbar. Deshalb führt die Suche nach Einheit zwangsläufig zur Suche nach Gerechtigkeit und Frieden.“

Unter der Zwischenüberschrift „Unsere Verpflichtung“ erfolgt ein eindrückliches Schuldbekenntnis. Unser Versagen ändert aber nichts an Gottes Ruf zur Einheit. In ihm erneuert sich Freude, Hoffnung und die Leidenschaft für die Einheit. Wir bleiben dem ursprünglichen Ziel der Gemeinschaft der Kirchen verpflichtet, der sichtbaren Einheit in einer eucharistischen Gemeinschaft. „In Treue zu unserer gemeinsamen Berufung werden wir zusammen die volle sichtbare Einheit der Einen, Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche erstreben ... Wir werden unseren Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und die Heilung der Schöpfung verstärken ... Vor allem werden wir ohne Unterlass für die Einheit beten, für die Christus gebetet hat (Johannes 17).“

Das Papier endet mit einem Gebet diesen Inhalts.

Zusammenfassung: WERNER GEBERT

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Konziliarer Prozess zusammen mit Agenda 21 vor Ort

Zum 20-jährigen Jubiläum des Agenda 21-Prozesses im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick am 14. September 2013 konzentrieren sich die Veranstaltungen auf zwei Schwerpunkte. Zum einen: „Welchen Beitrag können lokale AkteurInnen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft für eine globale nachhaltige Entwicklung leisten?“ Hier werden acht Projekte in Afrika vorgestellt und Problemen nachgegangen zu Partizipation und Ausgrenzung.

Zum andern geht es um „Global denken – lokal handeln: Wie kann der Wandel zur Nachhaltigkeit in einer Kommune gestaltet werden?“ mit Projektpräsentationen zu partizipativer Stadtentwicklung, interkultureller Zusammenarbeit, gelebter Städtepartnerschaft, Ressourcenschutz, Umwelt und Natur, nachhaltigem Konsum und fairem Handel.

Mit dem „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro 1992 wurde die Idee nachhaltiger Entwicklung zum Leitbild erhoben. Viele Kommunen verfolgen seitdem ein Nachhaltigkeitskonzept, das Schöpfungsrespekt, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Verantwortung zusammenführt. Im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick wurde dieser „Agenda 21-Prozess“ in ökumenischer Vernetzung mit dem konziliaren Prozess mit Verve umgesetzt. Das ist nicht zuletzt dem unermüdelichen Einsatz von Dr. Klaus Wazlawik zu danken, der für sein Engagement mit dem Preis des Oekumenischen Rates Berlin-Brandenburg ausgezeichnet wurde.

Kontakt: Hans-Joachim Ditz, Geschäftsführer

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg (ÖRBB)

Gierkeplatz 2–4, 10585 Berlin, Tel.: 030/3 42 10 00

Mobil: 0170/524 41 37, E-ditz@oerbb.de

► Bremen

Bericht aus Busan

Über Verlauf und Ergebnisse der 10. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen berichtet im „forum Kirche“ der Friedensbeauftragte der EKD, Pastor Renke Brahm, am 19. November.

Südafrika: Klimapartnerschaft mit Durban

Vom 11.–24. Juni besuchte Baphiwe Nxumalo, Koordinatorin der Programme für ökolo-

gische Gerechtigkeit des „Diakonia Council of Churches“ aus Durban den Bremer Partner „forum Kirche“.

Die zwischen den Partnerstädten Bremen und Durban beschlossene formelle Klimapartnerschaft, die durch Expertenaustausch Fragen von Energiereduzierung, Starkregenereignissen, Wasserqualität und Stadtplanung behandelt, wird durch die kirchlichen Partner um zivilgesellschaftliche Akteure erweitert. Bürgersolaranlagen auf Kirchendächern, ökofaire Beschaffung und Umweltbildungsprojekte des BUND konnten Impulse für die geplante Solarenergieanlage beim Diakonia Center und dessen pädagogische Programme geben. Durch die abschließende Teilnahme an einer Tagung der Koordination Südliches Afrika zum Thema Kohle und Klimafolgen in Deutschland und Südafrika konnten wichtige neue Kontakte geknüpft und der inhaltliche Bezugsrahmen erweitert werden.

Bremer Gespräche zum Nahen Osten

Die zweite Veranstaltung der Gesprächsreihe im „forum Kirche“ bot am 16.6. inhaltlich sehr differenzierte Einsichten in den Nahostkonflikt. Der aus Israel stammende Journalist Joseph Croitoru und der Friedensreferent des Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt, stellten einander ergänzend die Geschichte des Konflikts und die aktuellen politischen Verhältnisse dar. Gebiets- und Machtansprüche würden instrumentell aus Geschichte und Fiktion (biblische Erzählungen, Koran) abgeleitet; sie beleuchteten die Hardliner auf beiden Seiten, die Friedensbemühungen z.T. durch Terrorakte torpedierten. Die Vielzahl der oft schwachen Friedenskräfte auf beiden Seiten müsse der jeweils anderen Seite bekannt gemacht und international wahrgenommen werden. Beide Referenten sahen in ihren Beiträgen die Notwendigkeit, dass politisch seitens der EU Einfluss zugunsten einer Friedenslösung genommen werden müsse. Die Bremer Gespräche zum Nahen Osten werden 2014 fortgesetzt; Deutsche, die ehrenamtlich oder beruflich in Israel und Palästina arbeiten, sollen dabei von ihrer Positionsbestimmung im Konfliktfeld berichten. UWE IHSEN

Kontakt: Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im Evangelischen Bildungswerk Bremen

„forum Kirche“, Hollerallee 75, 28209 Bremen

Tel.: 04 21/3 46 15 36, www.oekumenische-initiative.de

► Bayern

Wasser bedeutet Leben

Bei hochsommerlichen Temperaturen befasste sich die Jahrestagung des Oekumenischen Netzes Bayern am 19. und 20. Juli 2013 im Benediktiner-Kloster Plankstetten oberhalb des Donau-Main-Kanals mit dem Problemfeld „Wasser“.

Wie sehr das Thema angesichts des Donau-Main-Kanals als Teilstück der Wasserstraße zwischen Nordsee und Schwarzem Meer auch heute noch die Gemüter erregt, zeigten im Vorfeld Proteste beim OeNB, die noch heute, nach 30 Jahren, den Bau des Kanals als Zerstörung der Umwelt brandmarken.

Ihre Einlassung, der Kanal werde durch eine Wassersegnung in östlicher Tradition zu Beginn der Tagung gut geheißt, konnte durch die Texte selbst entkräftet werden.

Schon in der geistlichen Betrachtung von Pfarrer Monninger wurde klar, dass Wasser in der Bibel in vielfältigster Weise und in unzähligen Belegen bedeutsam für die Beziehung Gottes mit dem Menschen gesehen wird, beginnend mit dem Schöpfungsbericht, dann bei der Begegnung Jesu mit der Frau am Brunnen, wo der Herr sich als „Wasser des Lebens“ bezeichnet, bis zum Sakrament der Taufe als „Wassersakrament“.

Renate Schwäricke, als Referentin beim Bund Naturschutz in Bayern für Wassermanagement zuständig, zeigte auf, wie sehr der Umgang mit Wasser eine Frage der Gerechtigkeit ist: Ein Drittel der Menschheit leidet an Wassermangel, ein Drittel hat kein sauberes Wasser und das letzte Drittel erfreut sich eines Überflusses an Wasser und verschwendet es: Dies kann im Haushalt geschehen, wie der Wasserverbrauch in den USA mit 295 Liter pro Kopf zeigt, aber auch beim „versteckten Wasser“, d.h. beim Verbrauch für die Herstellung von Lebensmitteln aller Art, Industrieprodukten wie Autos oder Computer (20 000 Liter pro Computer ...). Dass Wasser zur Ware degradiert wird und damit den marktwirtschaftlichen Begehrlichkeiten unterworfen wird, hat bei der Europäischen Union die Protestaktion von Millionen von Bürgern gegen die entsprechende Freigabe des Wassers für die Marktwirtschaft verhindert. Wasser bleibt vorläufig öffentlich verfügbar als ein Gut der allgemeinen Vorsorge. Wie weit aber ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA dieses vernünftige Vorgehen der EU konterkarieren könnte bedarf größter Aufmerksamkeit.

Fazit: Wenn wir uns den Vorgaben des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet fühlen, müssen wir auch in Hinblick auf den Wasserverbrauch unser Handeln genau überlegen. GUDRUN SCHNEEWEISS

Kontakt: Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13

90559 Burghthann, Tel.: 091 83/95 00 39

www.oekumenischesnetz-bayern.de.

► Nord- und Osthessen

„Bitte keine Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr!“

Die AG Frieden, gemeinsame Arbeitsgruppe des Oekumenischen Netzes in Nord- und Osthessen und der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck, wendet sich gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr. Die AG schreibt in einem Appell, den sie als Beschlussvorlage für Kirchengremien weitergibt:

„Mit der geplanten Einführung von Kampfdrohnen kommen neue Formen der militärischen Gewalt auf die Welt zu. Der Einstieg in das automatisierte, distanzierte und personalisierte Töten ist der Einstieg in die Zerstörung menschlicher Gesellschaften: Durch Drohnen-Angriffe aus dem Hinterhalt wird die Bereitschaft zerstört, Frieden durch Verhandlung und Verträge zu erreichen.“

„Diese durch Drohneneinsatz provozierte Eskalation ist unkalkulierbar, irrational – und vermeidbar.“

„Dass Militär keinen Frieden schaffen kann, sagen uns die Militärs selber. Wer Frieden schaffen will, muss andere Strukturen und Strategien aufbauen, damit Konflikte so bearbeitet werden können, dass alle Betroffenen und Beteiligten eine Lösung als fair annehmen können. Jeder Mensch, selbst „der Feind“, hat im humanitären und im Kriegsvölkerrecht ein Recht auf Leben. Drohnen können keine Gefangenen machen, sie können nur töten und die für menschliches Leben notwendige Kommunikation zerstören.“

Deshalb warnen wir dringend, diesen Schritt der neuen Kriegsführung und kurzzeitigen Ausnutzung westlicher Überlegenheit einzugehen! Das Geld, das diese Aufrüstung verschlingt, fehlt bei den Investitionen in gewaltfreie zivile Konfliktbearbeitung, die qualitativ und quantitativ auszubauen ist.“ „Wir sind der Meinung, dass diese Waffe geächtet und ihre Herstellung verboten und unterbunden werden muss – in allen Ländern.“

Kongress zum „Gerechten Frieden“ Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren?

Zum Abschluss des EKD-Kongresses zum Gerechten Frieden „Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren?“ 13.-15.Juni 2013 in Berlin gab es eine klare Erwartung an die deutschen kirchlichen Entscheidungsträger und die Delegierten zur 10. Vollversammlung des OeRK in Busan, berichtet Michael Held vom Oekumenischen Netz Nord- und Osthessen. Es waren sich alle einig – auch die Militärs und ihnen Nahestehenden – über den absoluten Vorrang und die Rechtzeitigkeit der nichtmilitärischen Prävention: Mit rechtzeitiger Konfliktwahrnehmung und -bearbeitung muss und kann Gewalteskalation zuvorgekommen werden. Hierzu ihr Möglichstes beizutragen, ist die

Aufgabe und Verpflichtung der Kirchen – nicht die Rechtfertigung von Gewalteininsatz!

Wichtig ist die Feststellung, dass Prävention zwei Bedeutungen hat: Vorsorge gegen und Verhinderung von gewalttätiger Konfliktaustragung. Aufgabe und Auftrag der Kirchen ist es, ihren Beitrag dazu zu leisten die Prävention zu verbessern: so, dass Prävention wirklich greift, dass sie politisch relevant wird, sich ausbreitende Beispiele dafür setzt, wie Konflikte gewaltfrei und konstruktiv bearbeitet werden können.

Kontakt: Oekumenisches Netz in Nord- und Osthessen
Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld, A-P-S@gmx.de

► Rhein-Mosel-Saar

Vielfachkrise

Der Kampf um den Euro – die Krise der Arbeit – die Konkurrenz ums Land

Am 6. und 7. Dezember 2013 findet in Bonn eine Tagung des Arbeitskreises *processus confessionis* statt, der aus den ökumenischen Gruppen im Rheinland besteht. Als ReferentInnen sind Tomasz Konicz (freier Publizist, Polen), Dr. Sabine Ferenschild (Institut SÜDWIND, Siegburg) und Dr. Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg) eingeladen.

▷ *Eurokrise,*

▷ *prekäre Beschäftigungsverhältnisse,*

▷ *wegbrechende natürliche Ressourcen* – die Krise des Kapitalismus hat viele Gesichter und bestimmt das Leben fast aller Menschen auf dem Globus. Wachstum ist zwar in vielen Ländern immer noch möglich, aber gerade die weltwirtschaftlichen Probleme seit 2008 und der aktuelle Kampf um den Euro zeigen, dass trotz der kapitalistischen Dynamik mit teilweise positiven Erfolgen (z.B. Armutsreduzierung in China und Indien) die größtenteils negativen Auswirkungen der In-Wert-Setzung der Welt, die alles zur Ware macht, nun auch verstärkt in den sog. reichen Ländern angekommen sind und dieses System immer mehr an seine Grenzen stößt.

Die Hintergründe der Finanzkrise im südeuropäischen Raum, die Veränderungen der Arbeitsbedingungen in China in den letzten Jahren und das zunehmende Landgrabbing im südlichen Afrika werden bei der Tagung vorgestellt. Diese Beispiele mit ihren z.T. verheerenden sozialen Auswirkungen zeigen drei der Katastrophengesichter des Kapitalismus.

Die Vorträge werden die drei Themenkomplexe ausführlich behandeln, Empirie und Theorie miteinander verbinden und auch „realpolitische“ Handlungsansätze liefern. Die Leitfragen der Tagung lauten: Welchen Stellenwert haben die Aspekte Finanzmärkte, Arbeit und Ressourcenknappheit für die Krise des Kapitalismus? Veranschaulichen die drei Beispiele die oben skizzierten globa-

len Tendenzen tatsächlich? Welche Handlungsoptionen gibt es hier und jetzt? Gibt es Ansätze, die über den Kapitalismus hinausreichen?

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Löhrstr. 51, 56068 Koblenz
Tel: 02 61/29 68 16 91, info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Workshop zur OeV 2014 auf der Attac-Sommerakademie 2013

Zur Vorstellung der Oekumenischen Versammlung 2014 hat Christof Grosse auf der Attac-Sommerakademie Ende Juli 2013 in Hamburg-Bergedorf einen Workshop durchgeführt. Er arbeitet für das OeNW im Vorbereitungsteam zur Oekumenischen Versammlung 2014 mit. Das OeNW hat mit Attac Stuttgart in der Vergangenheit mehrfach sehr gut zusammengearbeitet. Die Vorbereitungsgruppe der OeV 2014 erfährt dagegen seitens Attac auf Bundesebene derzeit eine gewisse kirchenkritische Zurückhaltung. Spannend war deshalb, wie die dem Workshop zugrund gelegte These des möglichen „Mehrwerts“ eines glaubensbasierten, spirituellen Zugangs zu den Herausforderungen der Vielfachkrise auf der Sommerakademie aufgenommen würde.

Die TeilnehmerInnen, denen zuvor als Input die Begriffe „konziliar“ und „ökumenisch“ erläutert wurden, zeigten sich für diese These überraschend offen. Konsens bestand darüber, dass es durchaus auch atheistische Formen von Spiritualität gibt, z.B. im Werk von Bertolt Brecht. Beide, Atheisten und Christen, können im Übernehmen von Verantwortung und im Stellen der Sinnfrage für die Welt Möglichkeiten zur Erfahrung von „Fülle“, „Hoffnung“ oder „Ganzheit“ finden. Im Grund geht es – hier liegt der Bezug zur OeV 2014 – um einen neuen, postmateriellen kulturellen Impuls, der die, von dem amerikanischen Soziologen Paul H. Ray so genannten „Cultural Creatives“ weltweit das, was gut ist, sehen lässt und sie zu verändernden Schritten befähigt. Ganz unerlässlich ist dabei, dass der Mensch im Mittelpunkt steht.

CHRISTOF GROSSE

Kontakt: Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen am Neckar, Tel: 07133/210 68

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft



Rückblick mit Ausblick

Die Vorbereitungsstagung in Arnoldshain (2.-4.4.13) für Busan-FahrerInnen und andere ökumenisch Interessierte war mit über 70 Teilnehmenden gut besucht. Die meisten inhaltlichen Beiträge kamen von PLÄDOYER-Mitgliedern. Sie sind dokumentiert auf der PLÄDOYER-Website (www.plaedoyerecu.de) unter „Busan 2013“. Starken Eindruck hinterließ der Schlussvortrag von Karl-Heinz Dejung zum Thema: „Plädoyer für den OeRK als Katalysator der ökumenischen Bewegung. Impulse“. Er rief die Vollversammlung in Busan dazu auf, „ein klares Mandat für Prioritäten der ökumenischen Zusammenarbeit für die nächsten sieben Jahre zu geben ...“ Damit stehe sie „zugleich in der Pflicht aufzuzeigen, wie der OeRK zur Erfüllung dieser Aufgabe ausgerüstet werden kann.“ Die Tagung habe gezeigt, dass es weltweit eine gemeinsame Thematik gibt, „die mit den Titeln „Klimagerechtigkeit“, „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ und „transformatorische Kirche“ umschrieben werden“ kann.

Der für die Tagung erarbeitete Reader mit nunmehr 41 Mutmachgeschichten in der 2. Auflage ist beim Geschäftsführer erhältlich (EUR 5,- inkl. Versand).

Die 10. Ökumenische Sommeruni (OeSU)

Sie findet vom **29.09.-03.10.2013** in der Ev. Akademie Hofgeismar statt zum Thema „Klimagerecht leben – weltweit und vor Ort. Transformative Spiritualität zur Bewahrung der Schöpfung.“ Er ist auch auf der PLÄDOYER-Website unter „Aktuelles“ einsehbar. Für Studierende ist die OeSU inhaltlich und finanziell ein Top-Angebot. Für das notwendige Gespräch zwischen den Generationen ist es wichtig, dass Menschen, die sich schon lange der ökumenischen Bewegung verbunden wissen, dazu kommen.

Alle, die sich in Hofgeismar angemeldet haben, erhalten einen „OeSU-Reader“, der u. a. die Dokumente (z. T. im Original, z. T. zusammengefasst) enthält, die der OeRK in den letzten Jahren im Blick auf seine Vollversammlung in Busan erarbeitet hat.

Die Ökumenische Versammlung 2014 (OeV 2014) vom 30.04.-04.05.2014 in Mainz

Das PLÄDOYER hat in der Vorbereitungsgruppe, insbesondere bei der Formulierung des Aufrufs und Teilen der Massenzeitung

mitgearbeitet. Im Internetauftritt (www.oev2014 bei „UnterzeichnerInnen“) kann „Ich unterstütze die Einberufung der Ökumenischen Versammlung 2014“ unterschrieben werden. Das PLÄDOYER will dazu beitragen – auch mit Beiträgen zum Programm –, dass dieses überfällige Vorhaben zu einem Erfolg wird. Wir betrachten die OeV2014 als eine Station auf dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens.

Zwei PLÄDOYER-Mitglieder haben große Werke verfasst: Das Buch von Geiko Müller-Fahrenholz, eine Summa der Friedenstheologie mit dem Titel „Heimat Erde. Christliche Spiritualität unter endzeitlichen Bedingungen“ (384 S., EUR 29,99) ist bereits erschienen im Gütersloher Verlagshaus.

Anlässlich des 70. Geburtstag der Bischofin i. R. Bärbel Wartenberg-Potter erscheint als eine aktuelle Summa ökumenischen Denkens und Handelns ebenfalls im Gütersloher Verlagshaus im September ihre Autobiographie mit dem Titel „Anfängerin“.

Kontakt: PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft
Geschäftsführer Pfr. i. R. Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel: 07473/959898
Fax: -959894, euw.gebert@tonline.de

► Kairos Europa



Religionen und Geld

Auf der Sommerakademie von attac vom 24.-28. Juli 2013 in Hamburg-Bergedorf veranstaltete Ulrich Duchrow einen Workshop zu „Religionen und Geld“. Grundlage für den Workshop war das neue erschienene Buch: Ulrich Duchrow: Gieriges Geld: Auswege aus der Kapitalismusfalle – Befreiungstheologische Perspektiven. München: Kösel, 2013.

Kontakt: KAIROS Europa e.V., Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg, Tel.: 06221/4333622
Fax: -4333629

► Pax Christi

Atomwaffen aus Europa abziehen und weltweit ächten

„Ächten wir Atomwaffen weltweit!“ Das forderte der Präsident von Pax Christi-Deutschland, der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen, anlässlich des diesjährigen Hiroshima-Gedenktags. Algermissen erinnerte an

den Appell von 79 Staaten, die im vergangenen April eine gemeinsame Erklärung gegen Atomwaffen unterzeichnet hatten. Nur die totale Beseitigung dieser Waffen garantiere, dass diese Waffen nicht eingesetzt werden, so der Präsident von Pax Christi-Deutschland.

Zu den 79 Staaten, die sich nun für eine völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen stark machen, zählen auch Weißrussland, die Ukraine, Kasachstan und Südafrika, die freiwillig ihre Atomprogramme aufgegeben hatten, sowie auch der Vatikan, nicht jedoch Deutschland. Für Erhalt und Modernisierung des atomaren Arsenalens werden jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar weltweit ausgegeben.

Kontakt: Pax Christi, Hedwigskirchgasse 3
10117 Berlin, Tel.: 030/2007678-0
Fax: 2007678-19, sekretariat@paxchristi.de,
www.paxchristi.de

► Internationaler Versöhnungsbund



Brief an Bundeswehr in Büchel

Im Fliegerhorst Büchel lagern Atomwaffen der USA, die im Zuge der nuklearen Teilhabe auch von der Bundeswehr eingesetzt werden können.

Pfarrer Dr. Matthias Engelke, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbunds (Deutscher Zweig), fastete bereits zum vierten Mal vor dem Atomwaffendepot, um gegen die Lagerung zu protestieren. An die Bundeswehrangehörigen in Büchel richtete er einen Brief, den er persönlich verteilte.

Darin heißt es:

„*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Sie leisten Dienst auf dem Fliegerhorst des Jagdbombergeschwaders 33. Hier lagern US-Atomwaffen. Sie haben mittel- oder unmittelbar damit zu tun, sei es als Zivilangestellte oder als „Bürger in Uniform“. Die Atomwaffen stellen m.E. eine unzumutbare Herausforderung dar. Dies ist sowohl juristisch, moralisch-ethisch, christlich und auch militärisch der Fall. Mit meiner inzwischen vierten Fastenaktion setze ich mich für eine atomwaffenfreie Welt ein, für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und für die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands. ...

Die juristische Sicht

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am 8. Juli 1996 die Androhung und An-

wendung von Atomwaffen als generell völkerrechtswidrig festgestellt. Jeder Einsatzfall, den die Atomwaffen besitzenden Staaten aufzeigten, würde nach Feststellungen des Gerichts in Den Haag in schwerster Weise rechtswidrig in die auch im Krieg verbürgten Bürgerrechte eingreifen ... Der Soldat ist Recht und Gesetz verpflichtet. Wo dieses verletzt wird, hat ein Soldat das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht – auch zur situativen Befehlsverweigerung, s. Urteil des BVerwG vom 21. Juni 2005, BVerwG 2 WO 12.04.

Die moralisch-ethische Sicht

Vor dem Gericht in Den Haag wurden die Schrecken erregenden Gräueltaten gezeigt, die der Einsatz von Atombomben auch noch heute bewirkt, ob bei den Nachgeborenen in Hiroshima und Nagasaki oder anhand der Auswirkungen von Atomtests. Ich kann mir nicht vorstellen, wie jemand, der hier im Jagdbombergeschwader Dienst tut und um die Folgen weiß, eine dieser Atombomben auslöst.

Die christliche Sicht

Die von Jesus gewiesene Liebe zu Gott, zum Nächsten und zu sich selbst hat noch eine vierte Seite, die unverzichtbar fürs Ganze ist: Die Liebe zum Feind. Sie nimmt jeder und jede für sich in Anspruch, wo wir z. B. darauf beharren, dass Fehler, die wir gemacht haben, uns nicht ein Leben lang anhaften dürfen. Die Liebe zum Feind setzt das Potential von Intelligenz und Liebe frei, das nötig ist, um andere Wege als solche der Gewalt zu finden, um bedrohte Menschen zu schützen. Zahllose Beispiele haben die Kraft dieser Güte in 2000 Jahren gezeigt. Gerade in den letzten Jahrzehnten konnten wir auch in der Politik sehen, dass dieser Weg zum Ziel führt – während Gewalt Elend und neue Gewalt mit sich bringt.

Die militärische Sicht

... Die Wirkung einer Waffe wie die Atomwaffe ist unterschiedslos und für Generationen verheerend für Zivilisten wie Soldaten. Diese Waffe führt das Militär ad absurdum und bedroht das gesamte menschliche Leben und unsere Mitwelt. Allein aus militärischer Sicht dürfte es darum sinnvoll sein, von der Androhung und Anwendung von Atomwaffen abzusehen.

Darum bitte ich Sie: Nehmen Sie Abstand von der Anwendung und Androhung der Atomwaffe! Erklären Sie Ihrem Vorgesetzten, dass Sie mit Atomwaffen nichts zu tun haben wollen. Ihnen dürfen daraus keine Nachteile erwachsen. Bitte sprechen Sie rechtzeitig mit uns. Ich bin zusammen mit anderen aus der Friedensarbeit bereit, Sie zu unterstützen ...

Ich wünsche für Sie und Ihre Familien alles Gute und Gottes Segen,

Pfr. Dr. Matthias Engelke

Friedensorganisationen befürworten EU-Leitlinien zu Verträgen mit Israel

Angesichts der formellen Vorbereitung neuer Friedensgespräche zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde und der israelische Regierung heben drei deutsche friedenspolitische Nichtregierungsorganisationen die zukünftige positive Rolle der Leitlinien der EU vom 19. Juli 2013 hervor, die die von Israel besetzten Gebiete von Förderung ausschließen. Kritisch werten sie die fortgesetzte Zulassung der Importe von Siedlungsprodukten in die EU. Dies trage zur Unterstützung und Aufrechterhaltung der Siedlungen bei und laufe dem Ziel der Leitlinien zuwider. Die Nahostkommission des Internationalen Versöhnungsbundes (Deutscher Zweig), die Nahost-Kommission der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi (Deutsche Sektion) und die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) sehen die EU-Leitlinien und einen Konsumverzicht als unterstützende Maßnahmen für die zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde beginnenden Friedensverhandlungen, die hoffentlich bald zu einem Ende der Besatzung führen. Sie raten im Sinne eines kritischen Konsumverhaltens und im Einklang mit geltenden Menschenrechts- und Völkerrechtsstandards dazu, auf den Kauf israelischer Siedlungsprodukte aus den durch Israel völkerrechtswidrig besetzten Gebieten zu verzichten. Dafür bedarf es einer deutlichen Herkunftsbenennung.

Kennzeichnung für Siedlungsprodukte aus besetzten Gebieten gefordert

Eine Hilfe wäre die Umsetzung der von EU-Mitgliedsstaaten geforderten Kennzeichnung von Siedlungsprodukten, wofür die EU schon länger eine Orientierungshilfe in Aussicht gestellt hat. Die Kennzeichnung böte den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU die Möglichkeit zu erkennen, ob angebotene Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen oder aus dem Kernland Israel mit den Grenzen von vor 1967 stammen.

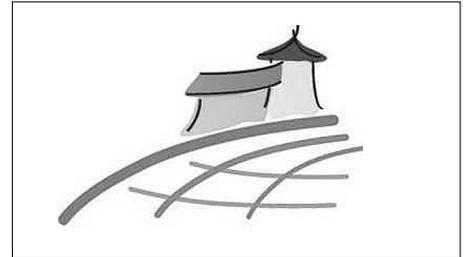
Kontakt: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8
32427 Minden, Tel.: 05 71/85 08 75, Fax: -8 29 23 87
vb@versoehnungsbund.de, www.versoehnungsbund.de

Zukunft im „Heiligen Land“

Fragen des Friedens und der Zukunft im Heiligen Land und des abrahamitisch-ökumenischen Dialogs behandelt der neuerschienenene Sammelband „Hope of Unity – Living Ecumenism Today“, Timothy S. Lowe (Ed), Berlin 2013 (Aphorisma-Verlag), 152 S. EUR 15,-. Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Ökumenischen Instituts von Tantur, zwischen Bethlehem

und Jerusalem gelegen, schreiben u. a. Bischof Muni A. Younan über „Ecumenism in Jerusalem in Light of Local Context and Politics“, Andre Birmele „In the Service of Biblical Theology and Ecumenism“ oder Mary Tanner von der OeRK-Kommission „Glauben und Kirchenverfassung“ über „Where are we – Where are we going? The Ecumenical Movement Today“.

► Initiative Kirche von unten (IKvu)



„Wer glaubt, der flieht nicht“

In der zweiten Jahreshälfte 2013 lädt die IKvu gemeinsam mit Kooperationspartnern zu folgenden Veranstaltungen ein:

Afrika neu denken – 27. und 28. September in Frankfurt am Main: Eine Konferenz, die einen neuen Afrika-Diskurs in Deutschland anstoßen will. Um andere Perspektiven als die vorherrschenden zu entwickeln, wird Menschen aus der afrikanischen Diaspora und allen Interessierten ein Forum geboten. Weitere Informationen unter: www.afrika-im-zentrum.de

Scharia – der missverstandene Gott. Der Autor und Islamwissenschaftler Prof. Dr. Mouhamad Khorchide (Münster) legt im Gespräch mit Prof. Dr. Joachim Valentin, Goethe-Universität Frankfurt, seinen neuartigen Begriff der Scharia dar. Anlässlich der Frankfurter Buchmesse am **11. Oktober 2013**, um 19.30 Uhr, im Dompfarrsaal (Am Domplatz 12), Frankfurt am Main.

Wer glaubt, der flieht nicht. Workshops mit Spirituals und Texten von Dietrich Bonhoeffer: Unter Leitung von Flois Knolle-Hicks kann die besondere Verbindung der engagierten Theologie Bonhoeffers mit den afroamerikanischen Spirituals erfahren und ersungen werden: – Am **1., 2. und 9. November** in der KZ-Gedenkstätte Osthofen – Am **15. und 16. November** in der Ev. Johanniskirche Mannheim

Kontakt: Initiative Kirche von unten (IKvu)

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn

info@ikvu.de, www.ikvu.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und

Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der

Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45478 Mühlheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum

Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 071 33 / 210 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de



**Gott des Lebens,
weise uns den Weg
zu Gerechtigkeit
und Frieden**

Oekumenischer Rat der Kirchen

10. Vollversammlung

30. Oktober bis 8. November 2013
Busan, Republik Korea

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit
freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in
Deutschland

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst